INFO-VERTEILER 26
MÄRZ 1992

(Aus: DEVRIMCI SOL Nachrichten Bulletin Nr.45, 25.2.1992)

In unserem Land, in dem die Folter, die Massaker und das Verschwindenlassen von Personen zunehmen und die Mörder frei leben können, werden wir weiter die Volksjustiz durchsetzen!

Die Regierung, die Massaker und Folter befiehlt und die Mörder schützt, trägt deshalb die Verantwortung für alle Todesfälle...!

Weil die DYP-SHP Regierung, seit sie an der Macht ist, die Forderung des kurdischen und türkischen Volkes "Wir wollen unsere Rechte, gebt ihr sie uns nicht, nehmen wir sie uns" nicht ernst nimmt, muß sie die Konsequenzen für diese Doppelmoral tragen.

Die Völker der Türkei fordern, daß die außergerichtlichen Hinrichtungen vor Ort, die Folter und die Todesfälle bei der Folter beendet werden, und daß die Verantwortlichen für die Verbrechen gegen die Menschenrechte ermittelt und verurteilt werden.

Die Völker der Türkei verlangen die gerechte Bezahlung ihrer Leistungen, Arbeitsplätze, nationale Identität und ein menschenwürdiges Leben.

Demirel und Inönü haben mit diesen Forderungen im Wahlkampf Stimmen gejagt, jetzt an der Macht schieben sie diese Versprechen zur Seite und fordern von den Völkern der Türkei Geduld. Gleichzeitig setzen sie gegen die Völker der Türkei gemäß den Forderungen der Imperialisten Kontra, Spezialeinheiten (Todesschwadrone) und Folterer ein.

Trotz der Versprechungen von Demokratie und Menschenrechten steht die DYP-SHP Regierung im Dienste des Imperialismus und setzt die Politik des 12. September und der ANAP fort. Wenn wir uns ihre politischen Pläne für die nächste Zeit vor Augen führen, sehen wir, daß sie die Absicht haben, ein noch schlimmeres Unterdrückungs- und Terrorregime als zu Zeiten des 12. September und der ANAP auszuüben.

Demirel und Inönü sollen nicht glauben, daß sie ihre Absichten ungestört verwirklichen und diese Politik fortsetzen können, während wir tatenlos zusehen. Die Revolutionäre hatten gestern genauso wie heute die Kraft und den Mut, sich der gegen das Volk gerichteten Unterdrückungs- und Folterpolitik zu widersetzen und sich gegen alle Angriffe zu wehren.

Niemand soll glauben, daß die Revolutionäre zu dieser Doppelmoral und Kollaboration, zu der Unterdrückung, der Folter und den Medien schweigen und tatenlos zusehen oder durch sie geschwächt werden.

Wir haben die Regierung oftmals gewarnt!

Wir haben gefordert, daß die Folterer, die die Revolutionäre und das Volk massakriert haben, ermittelt und verurteilt werden sollen. Wir haben gefordert, daß die Folterungen und die Hinrichtungen vor Ort aufhören, das Schicksal der Verschwundenen aufgeklärt werden solle. Aber es passierte nichts. Sie versuchen diese Forderungen des Volkes und der Revolutionäre gleichzeitig durch leere Versprechungen von Demokratie und Menschenrechten und durch Terror und Folter zu unterdrücken.

In den 3 Monaten ihrer Regierungszeit ist ihre Politik der Unterdrückung und Folter, die sie verstärken werden, offensichtlich geworden. Wir haben die folgenden Aktionen mit dem Ziel verwirklicht, die DYP-SHP Regierung nochmals zu warnen und ihr zu zeigen, daß wir ihre Schritte aufmerksam beobachten.

Wir haben **am 3. Februar 1992**
in **Istambul** Atif ÖDÜL (Hauptkommissar), Mürüvet AKPINAR (Polizistin) Salih SEVGICAN (Polizist),
in **Adana** Edip SALMAN (Polizist) (*),
in **Izmir** Ahmet KAYA (pensionierter Polizist)
bestraft, weil sie Folterer waren.

Am 6. Februar 1992 haben wir
in **Istambul**: den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Yasar GÜNAYDIN, seinen Leibwächter Saban CEYLAN und seinen Fahrer Halit BALTA (**) bestraft.

In **Adana**: wurde das Polizeipräsidium gestürmt und der Polizist Ozer OZKAYA (***) von unserer Organisation bestraft.

Die Regierung und ihre Unterstützer nennen die Aktionen "Terror", aber die Völker der Türkei wissen, daß der eigentliche Terrorist der Staat ist.

Wenn die Killerhaufen mit Waffen und staatlicher Vollmacht ihren Terror weiterführen, indem sie das Volk und die Revolutionäre erschießen, durch die Folter töten und die Leichen verschwinden lassen, Menschen bleibende Behinderungen durch die Folter zufügen, sie jahrelang der Freiheit berauben und sie an den Galgen bringen, werden sie auch ihre Strafe erhalten.

Die Regierung kann weder die Folterer in Istambul, Adana und Izmir, noch den Oberstaatsanwalt der Staatssicherheit Istambuls Yasar GÜNAYDIN, in Schutz nehmen. Die Regierung weiß besser als alle anderen über deren Verbrechen Bescheid, denn sie hat die Folterer dafür belohnt, indem sie diese Verbrechen in die Personalakten als Erfolge für Beförderung einträgt. Wegen dieser Verbrechen wurden jene von der Volksjustiz verurteilt und bestraft.

Die Polizisten, die wir in Istambul bestraft haben, Atif ÖDÜL, Mürüvet AKPINAR

Inhalt

Info-Verteiler: öS 20,-
Abo: Mindestens öS 200,-
In einem Kuvert an den
Infoladen Wien
A-1050
Margaretengürtel
122-124/1/Keller
Tel.: 54 23 07 (545 23 07)

und Salih SEVGICAN, arbeiteten, wie die Presse jetzt auch berichtet, seit Jahren in der 1. Abteilung der Politischen Polizei. Alle Revolutionäre, die dorthin verschleppt worden sind, haben sie als Folterer kennengelernt. Auch die Polizisten, die wir in Adana und Izmir bestraft haben, waren genauso bekannte Folterer. Den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Yasar GÜNAYDIN, den wir am 6.2.92 in Istambul bestraft haben, war ein *bekannter volksfeindlicher Faschist*, der sich ebenfalls vieler Verbrechen schuldig gemacht hat. Er war ein Feind des Volkes und der Revolutionäre, der während des Putsches vom 12. März 1971 und 12. September 1982 als Staatsanwalt an den Militärgerichten, später an denen der Staatssicherheit gearbeitet hat. Er war bei Folterungen anwesend, hat mit der Kontra Komplotte geschmiedet und in Prozessen die Köpfe der Revolutionäre gefordert.

Mit dieser Identität ist er ein Symbol für die Funktion und die Arbeitsweise der Staatssicherheitsgerichte. Deshalb ist er auch zum Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts von Istambul ernannt worden.

Weder Yasar GÜNAYDIN noch Nusret DEMIRAL (Oberstaatsanwalt der Staatssicherheit von Ankara) noch die Staatssicherheitsgerichte allgemein haben etwas mit der regulären zivilen Justiz zu tun. Die ganze "Leistung" von Yasar GÜNAYDIN und Nusret DEMIRAL besteht aus Folter und Komplotten. Für diese beiden Mitglieder der Kontra sind die Staatssicherheitsgerichte der beste Ort, ihre "Fähigkeiten" darzustellen.

Die Staatssicherheitsgerichte vertreten die Kontrajustiz und setzen diese durch.

Die Aufgabe der Staatssicherheitsgerichte ist, der Unterdrückung, der Folter, dem Terror, den Einschüchterungen und Erpressungen sowie den Komplotten einen juristischen Mantel umzuhängen. Sie sind Instrumente zur Niederschlagung des Volks und der Revolutionäre und zur Vernichtung ihrer organisierten Kräfte.

Wir warnen nochmals die Richter und Staatsanwälte, die noch an den Staatssicherheitsgerichten beschäftigt sind: Leistet der Kontra und dem Ausbeuterregime keine Dienste. Wenn ihr keine weiteren Verbrechen begehen wollt, tretet zurück und berichtet öffentlich über die Arbeitsweise dieser Institutionen gegen das Volk und die Revolutionäre, über die Folter, die geplanten Komplotte und darüber, wie die Prozesse geplant und vorbereitet werden. Ihr müßt wissen, daß ihr, solange ihr im Dienst bei den Feinden der Menschen steht, zur Rechenschaft gezogen werdet und ihr der gezielten und konsequenten Verurteilung durch die Volksjustiz nicht entgeht.

Der Polizist Saban CEYLAN, der Leibwächter von Yasar GÜNAYDIN, hat unsere wiederholten Aufrufe, diese Volksfeinde nicht weiter zu schützen und unsere Kämpfer nicht zu behindern und zu gefährden, nicht befolgt und ist aus diesem Grund bestraft worden.

Hier rufen wir nochmals alle Polizisten auf:

Unterlaßt die Gefährdung des Volkes und der Revolutionäre, unterlaßt die Teilnahme an der Folter und Morden; schützt die nicht mehr, die dieses Verbrechen begehen, stellt euch nicht mehr als Leibwächter zur Verfügung.

Polizisten, ihr ruft heute die Parole: "Blut für Blut - Vergeltung." Wir verstehen Euch - Ihr habt Angst! Ihr wißt, daß die Volksjustiz Euch früher oder später bestrafen wird und seid deshalb unruhig. Aber ihr wendet euch an die falsche Adresse. Euer Blut wird von der Oligarchie vergossen, die Euch den Befehl zu Folter und Massakern gibt. Sie zwingt Euch, Verbrechen am Volk und den den Revolutionären zu begehen, sie gab den Befehl zu dem Massaker an 12 Revolutionären am 12. und 14. Juli. **Eins dürft Ihr nicht vergessen: Kein Verbrechen wird von der Volksjustiz ungestraft bleiben, sie wird Euch zur Rechenschaft ziehen. Der werdet Ihr nicht entgehen.** Aber wenn Ihr öffentlich gesteht, bereut und Euch der Volksjustiz ergebt, wird Euch Euer Leben garantiert.

Andererseits war der Chauffeur Halit BALTA des Staatsanwaltes nicht Ziel der Aktion, aber auch er hat unsere wiederholten Aufrufe nicht befolgt. Wir wollten niemanden bestrafen, der es nicht verdient hat. Deshalb hat unsere Organisation einen Aufruf an Leute wie Halit BALTA veröffentlicht, den wir hier nochmals bekräftigen. Hätte der Chauffeur den Aufruf befolgt, wäre er noch am Leben.

Wir warnen die Regierung nochmals!

Wir werden weiter fordern, und ihr habt niemandem gegenüber ein Recht, ihn hinzuhalten und die Völker weiter mit Demokratieversprechen zu belügen. **Entweder erfüllt ihr unsere legitimen Forderungen oder wir werden sie erzwingen.**

Die Regierung trägt mit ihren Lügen, ihrer Doppelmoral und durch ihre vollständige Unterwerfung unter den Imperialismus die Verantwortung für die Entscheidungen des MGK (nationaler Sicherheitsrat), der mit seinen Befehlen und Äußerungen den Folterern und Volksfeinden Mut macht zur Durchführung einer Politik des Blutvergießens. Und diese Verantwortung werden sie nicht los. Wir werden sie auf jeden Fall zur Rechenschaft ziehen. Erneut warnen wir v.a. Demirel und Inönü, alle Mitglieder der Regierung, die Führung von DYP-SHP und alle Abgeordneten: Ihr und Eure Politik seid für das Blutvergießen verantwortlich. Die Konsequenzen für diese Politik werdet Ihr ziehen müssen. Eure Lügen und doppelmoralischen Äußerungen werden Euch nicht retten können. Ihr habt nur einen Ausweg: Erfüllt die Forderungen des Volkes und der Revolutionäre und sprecht die Wahrheit!

Kurdisches, türkisches Volk und alle anderen Völker der Türkei!

Vor vier Monaten haben Demirel und Inönü mit der Lüge von Demokratie und Menschenrechten die Stimmen der Massen erhalten und jetzt kann man hinter ihrer Maske die häßlichen Fratzen sehen.

Wir müssen fordern!

Denn wir fordern, was uns gehört. Folter, außerordentliche Exekutionen vor Ort und das spurlose Verschwinden müssen aufhören, und die Verantwortlichen müssen gefunden werden. Wir müssen Arbeitsplätze und Wohnungen fordern. Wir haben ein Recht auf ein menschenwürdigeres Leben. Wenn wir unsere Stimme nicht erheben, werden sie uns weiter Brot, Arbeit, das Leben und unsere Kinder nehmen.

Glaubt ihren Lügen nicht!

Glaubt ihnen nicht, denn die Folterer arbeiten weiter und ihre Folterinstrumente sind am alten Platz.

Glaubt ihnen nicht, denn die Generäle des 12. September laufen mit ihren blutigen Händen frei herum und die Regierung geht gegen sie nicht vor.

Glaubt ihnen nicht, auch der Minister für Menschenrechtsfragen fordert im Fernsehen Vergeltung für die bestraften Folterer.

Glaubt nicht ihren Worten "Wartet, wir werden es euch geben", denn sie haben dem Volk nichts zu geben. Sie sind damit beschäftigt, nach Wegen zu suchen, wie sie die Profite des Imperialismus und der Kollaborateure auf Eure Kosten vergrößern können.

Wir dürfen nicht glauben, wir müssen fordern, wir müssen unsere Stimme erheben - wir müssen kämpfen!

Wir fordern, daß sie uns unsere legitimen Rechte geben, sonst werden wir sie selber durchsetzen. Die Regierung hat das Erbe der Generäle des 12. September und der ANAP übernommen. Wir werden nicht zulassen, daß die Regierung hinter der Maske der Demokratie und der Menschenrechte Terror und Unterdrückung legalisiert. Wenn Folter, Massaker, Repression und Ausbeutung weiter gehen, setzen wir unsere Aktionen auch weiter fort.

Wir wollen unsere Rechte, gebt ihr sie uns nicht, erzwingen wir sie uns!
Die DYP-SHP Regierung setzt das Erbe von den Generälen des 12. September und der ANAP-Regierung fort!
Wir werden es nicht zulassen, daß die Regierung unter dem Deckmantel der Menschenrechte und Demokratie die Unterdrückung und den Terror legitimiert!
Solange Folter, Massaker, Ausbeutung und Grausamkeit weitergehen, werden wir auch unsere Aktionen fortsetzen!
Devrimci Sol/Silahlı Devrimci Birlikler

(*) Die Nachrichten in der Presse über die Bestrafungsaktionen in Istambul und Adana, in denen behauptet wird, diese Aktionen seien von der PKK durchgeführt worden, sind Lügen und Provokationen der Polizei. Sie zeigen die Hilflosigkeit der Polizei und der Regierung.

(**) Die gleiche Taktik benutzte die Polizei auch für diese Aktion. Sie haben behauptet, daß die Aktion gegen den Staatsanwalt von der Organisation THKP-C-Rote Armee verwirklicht worden sei. Eine Organisation unter diesem Namen existiert nicht. Sie ist eine Erfindung der Polizei.

(***) Während dieser Aktion ist ein Genosse von uns gefallen.

(Aus: Tatblatt -35/Pressebüro der Kommunistischen Partei der Türkei - Marxistisch-Leninistisch)

Hasan Durna wurde lebend festgenommen, wir wollen ihn lebend zurück

An die öffentliche Meinung!

Von Hasan Durna, einem Genossen, der am 20. Februar 1992 in seiner Wohnung in Bursa/Türkei zusammen mit dem Besitzer der Wohnung von der Polizei festgenommen wurde, haben wir bis heute keine Nachricht erhalten. Über seinen jetzigen Zustand wissen wir nichts und fürchten daher um sein Leben.

In der Türkei, deren Regierung faschistisch ist, werden jeden Tag Revolutionäre von Staatsterroristen ermordet. Revolutionäre werden in ihren Häusern festgenommen und nach tagelanger Folter ermordet oder gleich auf der Straße erschossen.

Die zuständigen Behörden der Republik Türkei, z.B. Präsident Turgut Özal und der Chef des Generalstabes D. Günes, wollen, daß alle Revolutionäre von der Polizei, dem Militär oder der staatlich gelenkten Konterguerilla ermordet werden.

Als Folge ihrer Befehle werden die Türkei und Kurdistan in Blut getränkt. Auf der einen Seite die Folter, auf der anderen das Gemetzel an der Guerilla und die Morde in den Gassen. Als Generalprobe bombardieren Armeeflugzeuge und -hubschrauber die Dörfer des armen und leidenden kurdischen Volkes. Die politische Realität der Republik Türkei, die seit Jahren von den Faschisten geprägt wird, hat es möglich gemacht, daß Revolutionäre ohne Gerichtsverhandlung ermordet werden.

Seit Einführung des Anti-Terror-Gesetzes nimmt die Zahl der Morde und Verschleppungen zu.

Die Koalitionsregierung der *"Partei des Rechten Weges"* und der *"Sozialistischen Volkspartei"*, die eine Demokratisierung der Gesellschaft versprochen hat, führen nur die Politik des Staatsterrors weiter. Die sich sozialdemokratisch nennende, in Wahrheit aber faschistische *"Sozialistische Volkspartei"* und die offen faschistisch agierende *"Partei des Rechten Weges"* haben in 4 Monaten an die 40 Revolutionäre ohne Gerichtsverfahren ermordet.

Der Mord an Hasan Durna würde die Liste der von der Republik Türkei begangenen Verbrechen nur länger machen. Das darf nicht geschehen!

Die öffentliche Meinung muß der Verschleppung Hasan Durnas Widerstand entgegensetzen und weitere Morde verhindern.

Verhindern wir die Ermordung Hasan Durnas!

(Gespräch Info-Verteiler mit Karam Khella)
Anläßlich seines Besuches in Wien sprachen wir mit Karam Khella über die Situation im Irak. Vor kurzem gaben einige Menschen aus dem Irak und anderen Ländern der Region in Hamburg eine Pressekonferenz zur Lage im Irak. Die Einladung dazu kam vom katholischen und evangelischen Pressedienst in der BRD, eingeladen waren Vertreter von verschiedenen christlichen Gemeinden im Irak etc. Die Pressekonferenz dauerte etwa 3 Stunden; nachdem die anwesenden Pressevertreter erkannten, daß die Delegation nicht den Irak verurteilen wollte, sondern die Aggression der US-, NATO-Truppen und ihrer Verbündeten, kamen weder Fragen, noch wurde in den Medien über diesen Besuch berichtet. Der zweite Punkt, auf den sich unsere Fragen bezogen, war das internationale Tribunal zur Untersuchung der Kriegsverbrechen der Allianz in der Aggression gegen den Irak. Das Tribunal endete am 29.2.1992 mit einer Jury in Washington, die die Alliierten in 20 Punkten der Kriegsverbrechen überführten.

Zur Lage im Irak

Die Aggression gegen den Irak endete am 28. Februar 1991 und im Bewußtsein der Menschen herrscht ein Gefühl von Entspannung und Ruhe. Dieses Gefühl trügt, es ist ausgesprochen falsch. Denn seitdem wird die Wirtschaftsblockade aufrecht erhalten. Die Folgen dieser Wirtschaftsblokkade werden unterschätzt. Die Wirtschaftsblockade ist Völkermord gegen den Irak im wahrsten Sinne des Wortes. Es sind Zahlen veröffentlicht worden, daß bis zu 500 Kinder täglich sterben infolge der Not.

Es gibt keine Nahrungsmittel, keine Babynahrungsmittel, keine Medikamente. Unmittelbare Ursache des Sterbens im Irak ist die Verseuchung der Gewässer und des Trinkwassers.

Die US-Aggressoren haben gezielte Angriffe gegen die zivile Infrastruktur gerichtet, gegen Trinkwasserversorgung, gegen Elektrizität. Sie haben gezielt die Anlagen der Kanalisation gesprengt, damit überfluteten die Abwässer die Straßen und Wohnräume. Und das war kein Versehen, das war gezielt. So wurde Süßwasser verseucht und vergiftet. Das trinken die Menschen. Und wenn sie das Wasser trinken, dann kotzen sie unmittelbar, bis hin zur Austrocknung. Und das ist mittlerweile zur Haupttodesursache der Kinder geworden. Hinzu kommen die Epidemien, die sich verbreiten. Es gibt nicht genug zu essen und es gibt keine Medikamente. Es gibt kein ausreichendes Angebot an notwendigen Betten in Krankenhäusern, sodaß auf diese Weise eine unvorstellbare Not sich verbreitet hat, die auch so vorprogrammiert war, und nicht zufällig eingetreten ist.

Im Laufe eines Jahres haben die Irakis alles daran gesetzt, mit dieser Situation fertig zu werden, eine halbwegs intakte Infrastruktur wieder aufzubauen. Sie strengen sich an bis an die Grenzen des Leistbaren. Arbeiterinnen und Arbeiter legen Schichten von bis zu 16 bis 18 Stunden täglich ein, die sie teilweise am Arbeitsplatz, teilweise mit dem Wiederaufbau verbringen. Es wird also nicht gespart mit Anstrengungen.

Wir sollen uns auch der Tatsache bewußt sein, daß der Irak als einziger Staat nicht kapituliert hat vor den Repressalien der USA. (Bekanntlich hat Nordkorea wie auch andere Staaten den Inspektionen, die US-Militärs und NATO-Militärs durchführen, zugestimmt. Also die NATO überwacht unmittelbar diese Länder von innen.) Der Irak hat nicht kapituliert vor diesen Erpressungen. Die USA und die NATO haben ihre Drohungen weiter eskaliert. Sie haben in den letzten Stunden Flugzeugträger in Marsch gesetzt in Richtung Irak, so daß erstmalig seit einem Jahr wieder eine Kriegsstimmung in der Region herrscht.

Am 29. Februar dieses Jahres, d.h. auf den Tag genau ein Jahr nach dem Golfkrieg, hat das Tribunal in Washington getagt. Ich bin Mitglied dieses Tribunals und einer der Zeugen und Gutachter. Das internationale Tribunal zur Untersuchung der US-Kriegsverbrechen im Irak hat die Bush-Administration in 20 Punkten der Kriegsverbrechen überführt. Die US-Politik scheint davon nichts gelernt zu haben, und sie scheint nicht vor noch grausameren Kriegsverbrechen zurückzuschrecken.

Ich wollte nachtragen: Ich war nicht in Washington anwesend. Ich habe meine Zeugenaussage hier in Europa geleistet. Die Ansicht der Untersuchungskommission der US-Kriegsverbrechen im Irak, die international zusammengesetzt ist, kam zur Einsicht, daß es sich um vorsätzlich programmierte Kriegsverbrechen handelt, die abzielten auf einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. U.a. ist festgestellt worden, daß die Fluchtorte und die Schutzbunker der Zivilbevölkerung ganz zielgerichtet vernichtet wurden, und zwar nicht versehentlich, wie das von militärischer Seite behauptet worden war, sondern ganz systematisch, planmäßig und programmatisch.

Wenn ein Bunker angegriffen wurde, wurde zu allererst der Fluchtweg zerstört, das Tor zu dem Bunker, so daß die Menschen nicht fliehen können, und alle ersticken innerhalb ihrer Fluchtstätte. Ferner wurde ganz am Anfang des Krieges systematisch mit der Zerstörung der Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung begonnen. In jeder irakischen Ortschaft wurde die Wasserversorgung außer kraft gesetzt, die Elektrizität zerstört, und die Kanalisation gesprengt. Das geschah im ganzen Land, ohne Ausnahme, so daß ein normales Leben dort nicht mehr möglich war. Wer nicht im Angriff stirbt, stirbt an den unmittelbaren Folgen dieses Angriffs. Die Bombardierung der Krankenhäuser ist ebenfalls als kein Versehen nachgewiesen worden, sondern daß das zielgerichtet war. Und dieser Krieg hat alle Konventionen über Kriegsführung außer kraft gesetzt, verachtet.

Die Verbrechen des Krieges betreffen natürlich auch die allgemeine Frage, daß es überhaupt keinen Grund gegeben hat, den Irak anzugreifen. Es gab keine Resolutionen, die erlaubten, die irakischen Territorien anzugreifen, egal in welcher Form. Und ferner wurde auch die Frage untersucht, in welcher Weise die USA die Stimmen im Weltsicherheitsrat aufgekauft hat. Es sind Zahlen ermittelt worden über die Beträge, die die USA für die gekauften Stimmen oder für die Söldnertruppen bezahlt haben. Das waren Beträge, die in sehr viele Milliarden Höhe gehen.

Es wurde weiterhin nachgewiesen, daß die USA und ihre NATO-Verbündeten sowohl die öffentliche Meinung in ihren eigenen Ländern als auch die öffentliche Meinung weltweit getäuscht haben. Kriegsverbrechen wurden nachgewiesen hinsichtlich der Waffen, die verwendet wurden. Kriegsverbrechen wurden auch nachgewiesen hinsichtlich der Kriegsziele in Kuweit selber. Denn es wurde keine Demokratie in Kuweit verteidigt, sondern die Macht einer einzigen herrschenden Familie. Es sind insgesamt 20 Punkte, die von der Jury des Tribunals als ohne Zweifel nachgewiesen und eigentlich auch konsensmäßig beschlossen wurden, so daß heute kein Zweifel mehr bestehen kann, daß dieser Krieg zwischen dem 17.1. und 28.2.1991 wahrscheinlich der grausamste und kriegsverbrecherischste an militärischen Aktionen, die bisher je stattgefunden haben, war.

Frage: Die Bombardements von AKWs?

Ja. Bekannt war, und niemand hat daraus ein Hehl gemacht, daß der Irak Energie bezieht aus AKWs. Diese beiden Kraftwerke wurden ganz am Anfang des Krieges zerbombt, obwohl bekannt war, daß dort angereichertes Uran ist, und dieses angereicherte Uran verbreitete sich in der Umgebung. Das kommt einem Atombombenabwurf gleich und damit auch unmittelbarer Gefahr der Zivilbevölkerung. Auch das ist ein nachgewiesenes Kriegsverbrechen.

Frage: Wie war dieses Tribunal zusammengesetzt?

Eine wichtige Person des Tribunals ist Ramsey Clarke, ein Ex-Justizminister einer früheren Administration der USA. Er ist quasi Vorsitzender des Tribunals. Es sind auch schwarze US-Politiker und Politikerinnen beteiligt, dann mehrere Völkerrechtler. Dazu zählen auf Anhieb Galtung (?) aus Norwegen, Peech (?) aus der BRD, außer Völkerrechtlern sind dann auch noch einige Politiker hier, von Europa, von einigen Staaten vertreten, von bundesdeutscher Seite kenne ich außer mir selber noch Konrad Lübbert (?) und ein paar andere. Beteiligt ist auch der unabhängige Politiker der BRD Mechtesheimer (?). Von arabischer Seite sind mehrere arabische Politiker dabei, aus dem Irak und aus anderen Ländern, beteiligt durch Zeugenaussagen, durch Gutachten, Berichte verschiedener Art. Jedenfalls ist das Tribunal recht international zusammengesetzt und recht repräsentativ. Irakische Vertreter sind eigentlich zahlenmäßig nicht von beachtlicher Größe, eher sind es europäische und US-amerikanische Politiker, die das Übergewicht haben.

Also die wichtigste Kommission in diesem Tribunal ist die US-amerikanische Kommission. Die Initiative ist übrigens auch von dort ausgegangen. In dieser Kommission sind auch recht stark vertreten demokratische Politikerinnen und Politiker, die auch das Tribunal in der Weise nutzen, daß es gegen die republikanische Kriegsführung der Administration von Bush gerichtet ist. Diese US-amerikanische Kommission hat eine recht umfangreiche Klageschrift zusammengestellt mit Dokumenten, die zunächst nur in englischer Sprache verfügbar ist, aber sehr viele Details enthält. Einiges davon ist durch die Presse bekannt geworden, einiges haben sie durch Besuche und Investigationen im Irak gesammelt.

Das Urteil und diese 20 Punkte liegen vor, aber derzeit habe ich das fertige Urteil noch nicht bekommen.

Das Tribunal läuft seit ungefähr einem Jahr, in der Vorbereitung in den Ortsgruppen und Ländern, Tribunalen, von denen hier in Europa in England, Frankreich, der Bundesrepublik, Schweden bereits Sitzungen abgehalten wurden. Diese europäischen Sitzungen waren Vorbereitungen für die große zentrale, weltweite Abschlußsitzung in den USA am 29. Februar dieses Jahres. Zu diesem Abschlußtribunal in Washington war ein recht umfangreiches Material, Dokumentation zusammengestellt worden, zunächst nur in englischer Sprache. Die Übersetzungsarbeit läuft recht langsam.

Frage: Zur Blockade gegen den Irak.

Die Blockade ist eher total als relativ. Und zwar: von keiner Nachbarseite des Irak ist mit solidarischen Aktionen zu rechnen. Allerdings sind diese Grenzen löchrig, weil auch die umliegenden Völker, ohne Ausnahme, nicht dem irakischen Volk feindselig gesonnen sind, so daß auch die Regierungen - so feindselig sie dem Irak auch sein mögen - nicht verhindern können, daß die Bande der Menschlichkeit bei den benachbarten Völkern aufrechterhalten wird. Das gilt z.B. für Syrien und Irak. Das sind ja nicht zwei Völker, sondern ein Volk. Das gilt für Jordanien und Irak, das sind auch nicht zwei Völker, sondern eines. Das gilt auch für Iran und Irak, wo sehr viele zwischenmenschliche Beziehungen bestehen jenseits künstlicher Grenzen. Die Regierungen allerdings, die den Irak umgeben, sind dem Irak gegenüber feindselig eingestellt, als Staat. Das gilt für die Türkei, Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien, Kuweit, Iran.

Außerdem gibt es auch die Kontrollen, die die US-, NATO-Staaten errichtet haben im Namen der UNO. Allerdings bemüht sich der Irak um eine Autarkie mit eigener Selbstversorgung auf allen Ebenen. Und weil der Irak nicht daran denkt zu kapitulieren, muß der Irak seine Wehrfähigkeit aufrecht erhalten. Und das geschieht in erster Linie durch eigene Anstrengungen.

Frage: Wenn man z.B. eine Aktion wieder initiiert - weil es hat schon solche Aktionen gegeben -, daß man Medikamente sammelt für den Irak, kommen die durch? Bzw. ist das offiziell, daß sie durchkommen, oder muß man andere Wege suchen? Die andere Frage: Was für Produkte, die man hier in einem größeren Ausmaß sammeln könnte, sind notwendig, ausgehend von dem, was hier vorhanden ist, und die im Irak speziell fehlen?

Das hauptsächliche Problem ist nicht das Überbringen der Güter, sondern das Verfügbarmachen dieser Versorgungsgüter. Die Überfahrt ist sicher schwierig und mit mehreren Problemen behaftet. Aber wenn man die Güter hat, kann man sie auch in den Irak bringen. Ein geeigneter Weg derzeit ist über Amman/Jordanien. Und von dort kommen die Güter in den Irak. Sie passieren Kontrollen. Aber mit internationaler Begleitung, mit Pressebegleitung wird es den US- und NATO-Überwachern nicht leichtfallen, Versorgungsgüter in ein Land, das von einer Hungerkatastrophe bedroht ist, zu verhindern.

Also noch einmal: Das größte und vordergründige Problem ist, diese Spenden zu sammeln. Wenn sie da sind, kommen sie mit gewissen Schwierigkeiten doch bis nach Bagdad, über Amman. Es fehlt in erster Linie Babynahrung, überhaupt Nahrungsmitteln und Trinkwasser, Milch, Milchpulver. Alle Milchprodukte werden sehr, sehr dringend gebraucht, Eier, weil die proteinhaltig sind, vitaminhaltige Stoffe, Medikamente. Wobei allerdings bei Medikamenten nach Listen zu verfahren ist, also nicht irgendwelche Medikamente, die man nicht braucht, und die wichtigen fehlen. Dagegen bei Nahrungsmitteln, bei Milch, Trinkwasser und Säften, da kann man keinen Fehler machen.

Bei anspruchsvollen Aktionen kann man sich überlegen, beispielsweise Trinkwasseraufbereitungsanlagen zu machen. Das ist sicher ein sehr anspruchsvolles Projekt, aber es ist leistbar, machbar. Dann ist Ambulanz notwendig, Schulpapier fehlt, Bleistifte, Schulbücher fehlen nach aktuellen Informationen, so daß also auch Schulmaterial in jeder Form, auch für die Elementarschule, nötig ist.

Der Krieg hat an Qualität alle faschistischen Pläne übertroffen. Die USA streben anscheinend an, aus dem hochentwickelten irakischen Volk eine unterentwickelte Bevölkerung zu machen. Durch die Abkoppelung der Nahrungsmittelversorgung soll auch die nachkommende Generation intellektuell zurückbleiben, indem sie nicht genügend ernährt wird. Durch Unterernährung auch geistiges Zurückbleiben zu bewirken, das ist eindeutig ein Plan. Und dieser Plan muß von uns durchbrochen werden.

Österreich hat ja außerdem noch eine Lobby. Wenn die das beschließt (es ging vorher um den "Butterberg" hier), wird das bestimmt auch ankommen.

Über die demographische Zusammensetzung erfuhr ich einiges durch den Besuch kürzlich: daß der Irak 18 Millionen Menschen zählt, davon sind 1 Million Christen. Und aufgrund innerer Krisen hat sich ein Großteil dieser Urchristen im Irak zum

(Aus: Münchner Lokalberichte, Nr. 2, 22.1.1992, Kassiber Nr.17 / Feb/März 1992)

Azania/Südafrika

PAC: Eine gewählte verfassungsgebende Versammlung muß geschaffen werden

Mitte Dezember hatte der PAC, eine der beiden großen Befreiungsbewegungen in Azania (Südafrika), über die Entwicklung im Land beraten. Anlaß war die Installation einer Konferenz unter dem Namen CODESA, auf der das südafrikanische rassistische SiedlerInnenregime mit von ihm selbsternannten bzw. ins Leben gerufenen angeblichen 'VertreterInnen' anderer Bevölkerungsteile über die Zukunft des Landes beraten will.

Dem Regime ist es gelungen, den ANC und zwei weitere mit ihm zusammen arbeitende Organisationen zur Teilnahme an CODESA zu gewinnen. Der ANC verstößt damit gegen Beschlüsse einer kurz vorher durchgeführten Konferenz zur Bildung einer Patriotischen Vereinigten Front, auf der 92 Organisationen, darunter ANC und PAC, sich u.a. darauf verständigt hatten, daß zur Übergabe der Macht von dem weißen Minderheitenregime an die Mehrheit der Schwarzen eine verfassungsgebende Versammlung durch allgemeine Wahlen geschaffen werden muß. Wir dokumentieren im folgenden eine Rede des Präsidenten des PAC, des Genossen Clarence Makwetu, und den Beschluß der Sonderkonferenz des PAC, jeweils in gekürzter Fassung.

Ansprache des Präsidenten des PAC, Clarence Makwetu, an den Sonderkongress des PAC, am 15.Dez.91:

"Die Patriotische Vereinigte Front nahm einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: 'Die Übergabe der Macht von dem Minderheitenregime an das Volk ist das Hauptziel unseres Kampfes. Zur Verfolgung dieses Ziels soll so bald wie möglich eine Allparteienkonferenz zur Vorbereitung der verfassungsgebenden Versammlung (All Party Conference/Pre-Constituent Assembly Meeting, abgekürzt APC/PCAM) einberufen werden. Der Zweck der APC/PCAM ist, die Modalitäten der Machtübergabe an das Volk auszuarbeiten. Diese Modalitäten müssen sich konzentrieren auf die Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung, gewählt nach dem Grundsatz 'Ein Mensch, eine Stimme', mit allen Wahlberechtigten in einem gemeinsamen und einheitlichen Wählerverzeichnis...' Während wir diesen Auftrag folgten, um ein vorbereitendes Treffen mit dem Regime zu erreichen, auf dem der Termin, der Ort und der unabhängige Vorsitzende für die verfassungsgebende Versammlung diskutiert werden sollte, gab es Enthüllungen, daß die Punkte, über die wir uns bei der Bildung der Patriotischen Vereinigten Front geeinigt hatten, daß sie gemeinsam verfochten werden sollten, bereits im Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen entschieden seien.

Auf der vorbereitenden Konferenz in Johannesburg wurde uns dann mitgeteilt, das 20 Organisationen zur Teilnahme eingeladen worden seien. Zehn davon waren von den Bantustans, sechs von dem Drei-Kammer-Parlament des Regimes, drei von der Allianz des ANC, die zwanzigste war der PAC. Das Regime hatte das Treffen mit seinen eigenen Geschöpfen vollgepackt. (...)

Es wurde bald deutlich, daß das Regime die verfassungsgebende Versammlung umgehen will, indem es an seine Stelle eine sogenannte Interimsregierung der Nationalen Einheit setzt, die lange im Amt sein soll ohne jedes demokratische Mandat. Dies ist eine Form von Kooptation, die wir kategorisch abgelehnt haben und weiterhin kategorisch ablehnen, weil sie bedeutet, eine Regierung per Erlaß zu bilden und nicht durch das Mandat des Volkes. Die afrikanische Massen würden in diesen Fall weiterhin nichts zu sagen haben über ihr Leben. (...)

Das ist der Grund, warum wir weiterhin uns den Entscheidungen und Prinzipien der Patriotischen Vereinigten Front verpflichtet sehen. Wir rufen alle Mitglieder der Front auf, sich hinter diesen Entscheidungen und Prinzipien zu sammeln und bei den Vereinbarungen zu bleiben. (..)

Die anhaltende Präsenz von Söldnern in unserem Land - ob sie nun operieren als das Buffalo-Bataillon 32, als Koevoet oder einfach als Element der Renamo - ist verflochten mit der Gewalt, die mehrere Ziele zu verfolgen scheint:

die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit von dem Regime wegzulenken, hin zu den 'häßlichen Verbrechen des ANC und Inkathas';



die Mobilisierung der Massen durch den PAC und andere Organisationen zu unterminieren, in dem Furcht unter unseren Menschen geschaffen wird, und

gewisse Organisationen als Prügelknaben zu benutzen, um das Regime mit seiner Armee und seiner Polizei als Friedenstifter erscheinen zu lassen.

Das Regime muß diese Söldner auflösen und deportieren oder erklären, was diese Personen in den Militärbaracken des Landes verloren haben. Solange dies nicht geschieht wird es keinen richtigen Frieden geben. (...)

Der PAC hat beständig gefordert, die internationale Gemeinschaft an dem Prozeß der Übergabe der Macht von der Minderheit an die Mehrheit zu beteiligen. Schließlich hat die internationale Gemeinschaft immens zu unserem Kampf beigetragen.

Das Regime hat diese Beteiligung stets abgelehnt. Ironischerweise lädt es nun die internationale Gemeinschaft zu CODESA ein, als Beobachter, nicht als Mitwirkende. Ihre Mitwirkung als Beobachter, das ist der Standpunkt des PAC, wird dem Regime nur helfen, seine undemokratischen Praktiken zu legimitieren.

Sodann hat der PAC immer wieder daran festgehalten, daß alle Formen des Drucks aufrechterhalten werden müssen, bis eine neue, nicht-rassistische Verfassung in Kraft ist. Dieser Grundsatz wird auch in der Konsens-Resolution von 1989 vertreten. Rechtfertiger des Regimes und widersprüchliche Signale jedoch haben daran gewirkt, diese Sanktionen zu untergraben.

Dieser Prozeß der Untergrabung des internationalen Drucks wird den demokratischen Prozeß in Südafrika nicht befördern, im Gegenteil, er wird die Befreiung verzögern.

Die Lehre für uns, Söhne und Töchter von Afrika, ist, daß die Aufgabe der Befreiung Azanias weiterhin im großen und ganzen bei den Unterdrückten selbst liegt. (..)

IZWE LETHU!"

Fortsetzung von letzter Seite

katholischen Glauben bekehrt. D.h. sie behalten ihren ursprünglichen Ritus und Traditionen, erkennen aber das römische Primat an, sie erkennen den Papst an. Das sind 700.000 von 1 Million. Man kann also sehr gezielt an die Adresse der katholischen Kirche den Appell richten, Glaubensbrüder und -schwestern zu retten. Allerdings geht das nur in Verbindung mit der Hilfe der gesamten irakischen Bevölkerung. Das wird (ansonsten) unmöglich sein in dieser Situation. Das wird auch niemand vernünftig anstreben, nur gezielt christliche Gemeinden auszusuchen. Sie sind gestreut und gemischt in der ganzen Bevölkerung. Man kann gezielt die katholische Kirche in Österreich ansprechen, sie hat die Fähigkeit und die Möglichkeit und die Lobby, ihre Hilfsgüter über alle Kontrollen hinweg bis nach Bagdad zu bringen. Außerdem möchte ich nachtragen, daß der Vatikan immer wohlwollende Stellungnahmen herausgebracht hat zugunsten des irakischen Volkes und gegen US- und NATO-Verbrechen, allerdings in seiner eigenen Sprache formuliert. Aber jedenfalls wäre hier die Möglichkeit, speziell an die Adresse der katholischen Bevölkerung in Österreich einen Hilfsappell zu richten.

(Aus: Interim 180/13.2.1992 - egin - Irakurle Kriteriodunak: Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg)

Der letzte Winter in Tifariti?

Seit April 1991 gibt es für die letzte Kolonie Afrikas, die Westsahara, einen von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Friedensplan, der die 16jährige Besetzung des Landes durch Marokko und den verlustreichen Krieg beenden soll. Dieser Plan befindet sich allerdings in einer äußerst kritischen Phase. Auf verschiedenste Weise versucht die marokkanische Regierung die Bedingungen für das für Ende Januar vorgesehene Referendum zu diktieren: Militäroperationen kurz vor dem vereinbarten Waffenstillstand, Abrücken von dem spanischen Zensus von 1974 als Grundlage für die Stimmberechtigung, Behinderung des UNO-Personals und nicht zuletzt durch eine massive "demographische Operation" *in Form eines neuen* "grünen Marsches" *und der Deportation der ortsansässigen sahrauischen Bevölkerung.* (AK 338)

Ein leichter Wind bewegt den Sand, der wie heißer Schnee alles in Tifariti bedeckt. Hier, mehr als 300 Kilometer im Inneren der befreiten Gebiete der Westsahaha, wurde den Dünen der Verzweiflung in einem sonderbaren Kampf gegen die Zeit Leben abgerungen. Es dauert noch knapp zwei Wochen, und kein äußerliches Anzeichen deutet daruaf hin, daß die von den Vereinten Nationen für den 23. Januar in Aussicht gestellte Volksbefragung dann stattfinden wird. Mehr noch, die zahlreichen Anzeichen, daß das Regime Hassans II neue Eindämmungsmauern errichtet hat, scheinen diese überhaupt in Frage zu stellen.

Früher, zu Zeiten der spanischen Kolonialherrschaft, Militärbeobachtungsposten, war Tifariti immer ein Kreuzungspunkt der Wege der zahlreichen Nomaden in der Grenzregion zwischen Mauretanien, Algerien und Marokko.

Mitte letzten Jahres wurde es als eine der Anlaufstellen für die sahaurische Bevölkerung während der Befragung ausgewählt, momentan dient die armselige Stadt einer der sechs Beobachtergruppen der Minurso (Mission der UN für das Referendum in der Westsahara) als provisorisches Lager, deren Ziel es ist, die Erfüllung des von den Konfliktparteien gebilligten Friedensplanes zu überwachen.

18 Militärs aus 12 Nationen bilden das kleine Kontingent, das von der Minurso in diese gespenstische Ortschaft mitten in der Wüste der Westsahara entsandt wurde. Dieser Bestimmungsort ist ziemlich weit entfernt vom bequemen Leben, welches sie normalerweise in ihren Kasernen führen: Sie leben in den Ruinen eines Gebäudes, welches letzten August von der marokkanischen Luftwaffe bombardiert wurde. Gegenüber weht die blaue UN-Fahne über einigen Zelten und einem weiteren bei diesem Luftangriff zerstörten Gebäude. Ein schöner Beweis für den freundlichen Empfang, den Marokko der Friedensmission der Weltorganisation bereitet hat.

Der französische Hauptmann Daniel Biron ist einer der UN-Beobachter und - solange wir uns nicht als Journalisten zu erkennen geben, erweist er sich als der Gesprächigste. Weil er verärgert über diesen Auftrag ist, kann er die Einstellung eines im französischen Kolonialheer Ausgebildeten nur schlecht verbergen. In perfektem Spanisch sagt er: *"Wir haben einen Vertrag mit der UNO geschlossen und demgemäß sollen wir sechs Monate lang an Ort und Stelle die Einhaltung des Friedensplans durch die Frente Polisario und die marokkanische Armee überwachen."*

Er betont seine Zufriedenheit mit der Behandlung von Seiten der Frente Polisario in den Gebieten, die sie wie die Region Tifariti kontrolliert und erzählt, eine ähnliche Erfahrung mit den marokkanischen Truppen auf der anderen Seite der Mauer gemacht zu haben. Aber nachdem er bestätigt hat, daß die Polisario nicht gegen die Übereinkünfte verstoßen hat, antwortet er auf die entsprechende Frage bezüglich der marokkanischen Armee mit einem lakonischen: *"Militärgeheimnis."*

"Wir sind nur Militärbeobachter und müssen technische Einzelheiten sammeln, damit hinterher die Politiker in New York das entscheiden können, was ihnen opportun erscheint. Deshalb sind unsere Untersuchungen strenges Militärgeheimnis."

"Aber", fragen wir nach, *"wenn eine der Kriegsparteien in skandalöser Weise gegen den verabschiedeten Friedensplan verstoßen würde, und die politischen Instanzen würden dies nicht anprangern, würden Sie es dann nicht der internationalen Öffentlichkeit zugänglich machen?"*

"Nein", antwortet Biron, *"weil unser Vertrag uns permanent ein Dienstgeheimnis auferlegt"*.

In einem Fahrzeug sitzt der Hauptmann Miranda, ein Nordamerikaner puertoriquenischen Ursprungs, und spielt mit dem darin installierten Computer; Mithilfe zweier Satelliten programmiert er einen neuen Weg in Richtung auf die von Marokko errichteten Mauern ein, was verhindern soll, daß sie sich in der Weite der Wüste verfahren. Er sagt: *"Jeder Fahrer der Frente Polisario kommt ohne solch komplizierte Gerätschaften aus, ohne sich auch nur um einen Millimeter zu irren, sogar mit geschlossenen Augen."*

Der Venezulaner José Rodriguez, *"El Tigre"*, ist ebenfalls Hauptmann und ein weiteres Mitglied der Mission. Eine Narbe auf der Nase, das Lächeln eines kleinen Gauners und ein Bauch so groß wie die Auslandsschulden des Landes, welches er repräsentiert, bringen einen Schuß südamerikanischen Salsa in der Beobachterkontingent. *"Mann, ich will bloß heim nach Venezuela zu meiner Familie. Ich bin jetzt seit fast 3 Monaten hier und hier tut sich nichts"*, sagt er, während er einen sahaurischen Compadre prüft.

Er verweigert es generell, irgend etwas zu ihrer Mission zu sagen und ergeht sich stattdessen in Lobrede über *"CAP"* (Carlos Andrés Pérez), den momentanen Präsidenten seines Landes, von dem er sagt, er sei *"ein Super-Typ"*, dann erzählt er, daß er, um die Zeit totzuschlagen, auf einem improvisierten Platz inmitten einiger von der marokkanischen Luftwaffe zerstörter Gebäude, ... standen, Volleyball spielt. *"Hier hast Du viel Zeit, um nachzudenken, und mit irgendwas mußt Du Dich ja beschäftigen"*, sagt er. *"Ich will demnächst einen kleinen Pokal besorgen, um den dann alle hier spielen können."*

Nicht weit entfernt treffen wir Omar Hussein, der von der Frente Polisario mit der Betreuung der Minurso-Gruppe beauftragt ist. Er ist sicher, daß er bald in seine Heimatstadt El Aiun zurückkehren kann, von wo er mithilfe eines Basken namens José Luis im Alter von 23 Jahren fliehen mußte. Außer dem Namen weiß er nichts über ihn. Er sagt: *"Auch wenn wir hier frei sind, haben wir noch nicht die Freiheit, uns innerhalb unseres Landes dorthin zu begeben, wo wir hinwollen. Der Tag, an dem wir unser Land zurückbekommen, wird der Schönste unseres Lebens sein, auch wenn uns niemand die verlorene Zeit und die Toten zurückgeben kann."*

Er zeigt zum Horizont und deutet eine Stelle an, wo Hunderte von Menschen begraben liegen, die bei der Befreiung der Stadt 1977 gefallen sind. Mehrere von ihnen waren seine Freunde. *"Die Marokkaner hinterließen das Gebiet völlig vermint und das kostete uns anfangs weitere zahlreiche Tote."*

Wir gehen an den verwehten Schützengräben aus der Zeit der Belagerung Tifaritis entlang, er bückt sich und findet eine Kugel im Sand, und sagt: *"Die Geduld der Sahauris hat eine Grenze. Vorausgesetzt, Marokko erfüllt den Friedensplan der UNO, war das vielleicht die letzte Kugel, die hier abgefeuert wurde."*

Sein Zelt hat er etwas außerhalb von Tifariti aufgeschlagen, aber diese Wohnstatt ist weniger provisorisch als die meisten seiner letzten Lebensjahre. Gründer und erster Generalsekretär der Frente Polisario, als Verteidigungsminister fast 15 Jahre lang Hauptverantwortlicher für die Kriegsführung gegen Marokko, ist Ibrahim Gali zur Zeit Mitglied des Nationalsekretariats der sahaurischen Unabhängigkeitsbewegung, Chef der 2. Militärregion und außerdem in seiner Freizeit Fossiliensammler.

Er erklärt, daß Marokko bisher nicht mit dem Rückzug seiner Truppen, wie es der UNO-Plan vorsieht, begonnen hat und bezweifelt, daß der Abzug während des Referendums *"abgeschlossen sein wird"*, aber er vertraut darauf, daß der Sicherheitsrat *"konsequent die Vereinbarungen durchsetzen"* wird.

Im Gegensatz zu Marokko hat sich die Armee der Polisario auf Antrag der Minurso an verschiedenen Orten gesammelt. *"Ich bezweifle, daß die UNO-Beobachter*

die marokkanischen Stellungen hinter der Mauer 30 Kilometer von hier besuchen dürfen. Sie zeigen ihnen nur die Stellungen im Hinterland, während sie ihnen die offensiven Eingreiftruppen in unserem Gebiet verbergen. Sie spielen Versteck mit ihnen."

Er berichtet von den ständigen Luftraumverletzungen, *"außerdem haben sie kürzlich diesseits der Mauer Straßen vermint, auch einige, auf denen Minurso-Militärs unterwegs waren, aber wir haben es geschafft, sie darauf hinzuweisen, und sie konnten selbst beobachten, wie Minen gelegt wurden."*

Er vertraut in die Neutralität des von der UNO entsandten Militärpersonals, glaubt, daß ihre Inoformationen *"der Realität nahekommen"*, auch wenn er sich total skeptisch zeigt gegenüber der Rolle, die die Politiker in New York spielen.

"Das sahaurische Volk hat genug gelitten und die internationale Gemeinschaft sollte ihm ein bißchen mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir dürfen keine Ausnahme sein, wenn die meisten Konflikte auf der Welt gelöst werden. Heute gibt es international Auftrieb für die Rechte der Völker und wir verlangen nur, daß dies auch für hier gilt".

"Schau", er zeigt mir eine Meeresschnekke, ein Fossil, das er in Händen hält, *"vor acht Millionen Jahren lebten diese Tiere hier, wo jetzt die Sahara ist. Auch wenn es weitere acht Millionen Jahre dauert, werden wir unseren Kampf nicht beenden, solange das Land nicht befreit ist".*

Viele Worte sind seine Sache nicht, aber jetzt spricht er über die Vorbereitungen für die Zeit nach dem letzten Winter in Tifariti: *"Wenn wir das Referendum gewonnen haben und unabhängig sein werden, haben wir weitere wichtige Kämpfe vor uns. Ich bereite mich schon auf den nächsten Krieg vor, auf den Klassenkampf, wobei es darum geht, daß es Privateigentum nur bis dahin geben soll, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen anfängt."*

Errahib Rabea ist ein gefangener marokkanischer Luftwaffenpilot, der kurz, nachdem er mit seiner Mirage F-1 Tifariti bombardiert hatte, mit einer Rakete der sahaurischen Armee abgeschossen wurde. Obwohl er erst 32 Jahre alt ist, ist er schon ein Veteran im Krieg gegen die Polisario, an dem er seit 1983 teilgenommen hat.

Für die Behandlung von Seiten der Polisario nach seiner Festnahme hat er nur Lob übrig, als er sein erstes Interview mit Journalisten hat. Gerade hat er an seine Familie geschrieben. *"Im Moment meiner Gefangennahme hatte ich schreckliche Angst, aber das verging schnell, weil ich praktisch sofort bemerkte, daß sie mich korrekt behandeln würden. In Marokko glaubte ich, die Polisario wäre etwas Unmenschliches, ein fremder, unsichtbarer Feind. Zu keinem Zeitpunkt dachte ich an die politischen Aspekte dieses Krieges oder darüber nach, ob ihre Sache gerecht ist oder nicht. Für mich als Soldat war das meine Arbeit, Befehle, die ich auszuführen hatte. Mittlerweile, nach diesen fünf Monaten hier, weiß ich, daß es noch eine andere Wahrheit gibt, die nicht zu ignorieren ist. Wenn ich nach Hause gehe, wird es sehr schwer für mich werden, dasselbe zu machen wie vorher. Ich bin jetzt ein anderer Mensch."*

Er ist davon überzeugt, daß das marokkanische Volk diesen Krieg nicht will, und nach den Informationen, über die er verfügt, *"erfüllt das marokkanische Regime nicht den UN-Friedensplan, vor allem, was die Registrierung der Wahlberechtigten angeht, weil da jetzt andere Kriterien angewandt werden als diejenigen, auf die man sich früher geeinigt hatte."*

In seiner Armee sieht er zwei unterschiedliche Positionen, die derjenigen auf dem Schlachtfeld, *"die am meisten leiden und wirklich demoralisiert sind"* und auf der anderen Seite *"die Offiziere und Truppen in der Etappe, die es sich Hunderte von Kilometern entfernt gemütlich eingerichtet haben."*

Immer, wenn er den Namen König Hassans II ausspricht, zittern seine Lippen, weil er weiß, daß seine Freilassung *"nur von der Frente Polisario abhängt und an einen Gefangenaustausch nicht zu denken ist".* Trotzdem sieht er der Zukunft optimistisch entgegen: *"Eine militärische Lösung ist unmöglich. Dieser Krieg dauert jetzt ohne Sieger und Besiegte 16 Jahre und der einzige Ausweg ist eine Verhandlungslösung direkt oder indirekt über eine neutrale Organisation wie die UNO. Dieser Krieg ist für Marokko sehr teuer und unsere Armee ist völlig in der Defensive. Ich glaube, die Tage dieses Konflikts sind gezählt und daß dies mein erster und letzter Winter in Tifariti ist."*

Während der letzten 15 Jahre haben die von der marokkanischen Armee verfolgten Nomaden des östlichen Teils der Sahara Schutz bei der Sahaurischen Volksbefreiungsarmee gefunden. Nach der Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch die vom Regime Hassans II errichteten Mauern mußten die umherschweifenden und geschwächten Einwohner dieser Wüstengegend mitten im August, wenn die Temperaturen 50 Grad erreichen, die Zerstörung der Wasserstellen bei Tifariti und Bir Lahlu durch die marokkanische Luftwaffe verkraften.

Weil ihre traditionelle Lebensweise sich schlecht mit dem Leben in den Flüchtlingslagern an der algerischen Grenze vereinbaren ließ, nutzten sie den Schutz durch die Anwesenheit der Minurso-Truppen, um allmählich die Gegend hier wieder zu bereisen.

"Sie kommen hierher, weil sie hier auch den Schutz der Frente Polisario haben", sagt Magay, ein Alter von mehr als 70 Jahren, der als Koch für das Personal der UNO arbeitet.

"Ich habe darum gebeten, daß sie mich in die von unserer Armee befreiten Gebiete schicken. Wir wollen alle in unsere Heimat zurück. So werden wir wenigstens, wenn wir sterben, in unserem Boden begraben. Nichtmal die Toten wollen in den Flüchtlingslagern bleiben."

Txema García, Sahara, Befreite Gebiete

(Aus: Ruhrgebiets-Info Nr.11/April 1992)

Jugendliche Kommandantinnen: Frauen bei Sendero

Sendero, eine Alternative für Frauen? Tatsache ist, daß der Frauenanteil in den Reihen der aktiven KämpferInnen sehr hoch ist und daß Sendero sich bemüht, die speziellen Bedürfnisse der indianischen Bäuerinnen zu berücksichtigen. Der nachfolgende Beitrag der US-amerikanischen Ethnologin Carol Andeas beschreibt, worin die Attraktivität Senderos für die Frauen bestehen könnte.

Aus: ila 152, Februar 1992

Im Juni 1986 hatte ich eine Verabredung mit einem Führer der Kommunistischen Partei Perus (PCP), besser bekannt als Sendero Luminoso oder Leuchtender Pfad.

Bei unserem Treffen in der Ecke eines kleinen Restaurants in einer kleinbürgerlichen Wohngegend von Lima war ich dann fasziniert zu sehen, daß es sich bei einem Führer dieser Bewegung, die allgemein als "rätselhaft", "bösartig", "despotisch" und "dogmatisch" gilt, um eine junge Frau mit leiser Stimme und bestimmten, aber bescheidenem Auftreten handelt. Im Laufe meiner Untersuchung über Frauenorganisationen innerhalb der armen Bevölkerung Perus hat sich gezeigt, daß Sendero Luminoso von Anfang an auf Frauen eine stärkere Anziehung ausgeübt hat als auf Männer. In der Tat sind die bekanntesten Sendero-Kommandanten Frauen im Teenageralter, wie z.B. Edith Lagos, deren Redekunst die Bauern und Bäuerinnen in der gesamten südlichen Zentral-Sierra begeistert hat und deren Sarg in Ayacucho 30 000 Menschen gefolgt sind.

Edith Lagos war die erste "comandante" des Leuchtenden Pfades in Ayacucho. Sie entkam mehrmals aus dem Gefängnis, bevor sie im Alter von neunzehn Jahren von den Militärs erschossen wurde. Die Lehrerin Laura Zambrono Padilla, bekannt als "Meche", wurde 1984 mit großem Aufwand festgenommen; sie wurde beschuldigt, der Kopf der militärischen Aktionen des Leuchtenden Pfades in Lima zu sein. Brenda Pérez Zamora wird in einigen Berichten als stellvertretende Befehlshaberin der Organisation seit 1988 bezeichnet. Von Maria Pradi heißt es, daß sie den Sturm auf ein Gefängnis in Ayacucho geführt hat, bei dem Hunderte von Gefangenen befreit wurden. Marina Loayza, Sonia Rosas, Violeta Quispe, Haydee Cáceres, Filipina Calomino, Hermelinda Escobar, Emma Fri-

da, Patricia Zorilla, Carla Carlata Kutti und Clementina Berrocal gehören zum weiteren Kreis derer, die in der allgemeinen Presse als "grausame und blutige" Guerillaführer bezeichnet werden.

Im Juni 1989, einen Tag vor der Eröffnung des Präsidentschaftswahlkampfes, wurden in einem Rundumschlag der Regierung dreißig AnführerInnen verhaftet; achtzehn von ihnen waren Frauen. Unzählige Lehrerinnen, Ärztinnen, Anwältinnen, Künstlerinnen und Journalistinnen wurden mit der Anschuldigung des "Terrorismus", der "Sympathisierung mit dem Terrorismus" und der "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" polizeilich gesucht.

Die Anziehung, die Sendero also offensichtlich auf Frauen ausübt, wird verständlich vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der traditionellen peruanischen Gesellschaft, vor allem im Hochland, in den vergangenen dreißig Jahren. Die meisten Männer haben die Dörfer verlassen, um in den Fabriken und Minen zu arbeiten. Die Frauen sind daher den größten Teil des Jahres auf sich selbst gestellt, ihnen bleibt es überlassen, das Land zu bebauen und zu schützen.

Die politischen Strukturen, die sowohl durch die Spanier als auch in der republikanischen Epoche etabliert wurden und Frauen von den allgemeinen Möglichkeiten politischer Partizipation ausschließen, stehen in krassem Widerspruch zu der tragenden Funktion der Frauen in der Dorfgemeinschaft.

Die von Männern dominierte Linke Perus hat in diesem Punkt versagt, genauso wie sie nicht imstande ist, der Korruption und Vetternwirtschaft in der Verwaltung Einhalt zu gebieten. Das Mißtrauen der Frauen gegenüber den von Männern besetzten Ämtern ist daher sehr tief.

In Kenntnis dieser Tatsache bemüht sich Sendero, Frauen auf die Übernahme verantwortungsvoller Positionen vorzubereiten. Ein zentraler Punkt im Programm des Leuchtenden Pfades ist die Einsetzung von Volkskomitees und die gleichzeitige Beseitigung der dörflichen Regierungsstrukturen, die ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienen und ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen allen DorfbewohnerInnen unmöglich machen. Bezeichnend für diese Komitees ist ihr großer Frauenanteil. Außer der Neuverteilung des Landes, der Unterstützung von kollektiven Pflanzungen und Ernte haben die Volkskomitees die Abnahme von Alkoholismus, Prostitution, Drogenkonsum und Gewalt in der Familie bewirken können. Bedürftige erhalten Unterstützung von der Gemeinde. Bildung ist für jede/-n möglich geworden. Geldhandel wird durch Tauschhandel ersetzt und kulturelle Traditionen werden bewußt gepflegt.

Aus Zorn über die Korruption in der Verwaltung und den Zusammenbruch der sozialen Strukturen verlangen viele Frauen nach einer zuverlässigen Autorität, die Auseinandersetzungen entscheidet und "Ruhe und Ordnung" des täglichen Lebens garantiert. Eine Alternative wie die Kommunistische Partei Perus - egal wie autokratisch -, die auf Worte auch Taten folgen läßt und unbedingte Disziplin und Vertrauen fordert, findet großen Anklang.

Ein entscheidender Unterschied zwischen Sendero und dem, was sie die "revisionistische Linke" nennen, liegt in Senderos Betonung auf Selbstbestimmung und auf Entwicklung der Subsistenzwirtschaft als Alternative zur Exportwirtschaft. In diesem Punkt wird auch wieder Senderos Bedeutung für Frauen klar: HauptbetreiberInnen der Subsistenzwirtschaft sind indianische Frauen, die von den Vorteilen der "Entwicklung" zumeist ausgeschlossen sind.

Die Mehrheit der PeruanerInnen stammen aus Quechua sprechenden Gemeinschaften der Anden, wo es den Spaniern zwar gelang, das Inkareich zu vernichten, nicht aber die indianische Kultur zu zerstören. Erst seit den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts, als Folge der kapitalistischen Entwicklung, sind die ländlichen Gemeinschaften zunehmend bedroht. Exportwirtschaft hat die Subsistenzwirtschaft verdrängt und die Arbeitsmigration, vor allem von Männern, verursacht.

In vielen Fällen sind Produktion und Verkauf von Produkten, wie beispielsweise Fleisch und Kartoffeln, die traditionell in der Hand von Frauen lagen, durch Männerdomänen wie industrialisierte Viehzucht und mechanisierte Landwirtschaft ersetzt worden. Diese wissenschaftliche "Entwicklung" hat den Lebensstandard der indianischen Familien alles andere als verbessert. Zwar hat sich die Agrarproduktion überall erhöht, aber nicht die Menge der für die arme Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder erhältlichen Lebensmittel und sonstigen Produkte.

Ein Drittel aller peruanischen Familien, besonders auf dem Land, werden von einer Frau ernährt. Die meisten Frauen sind neben ihrer anstrengenden Arbeit im Bereich der Subsistenzwirtschaft im "informellen Sektor" tätig oder gehen anderen Beschäftigungen mit ungesichertem Auskommen nach. Weder die Regierung noch die großen Gewerkschaftsverbände lassen Bemühungen erkennen, diese Situation der Frauen zu verbessern. Viele Frauen glauben daher, daß nur wirklich etwas geschehen wird, wenn Sozial- und Wirtschaftsleben buchstäblich "von Grund auf" verändert werden. Zur Durchführung dieser radikalen Vision liefert ihnen der Leuchtende Pfad die notwendigen Hilfsmittel. Eines davon ist die Führerinnenschaft von Frauen.

Ein weiterer Schlüssel, um die relative "Überrepräsentierung" von Frauen bei Sendero zu erklären, ist die soziale Unabhängigkeit der Frauen in der Region, in der die Bewegung ihren Anfang genommen hat. Die meisten Dörfer der peruanischen Sierra bestehen aus zwei Teilen: einem höhergelegenen mit Viehhaltung, und einem tiefergelegenen mit Ackerbau. Zur Zeit der Conquista wurden viele der oberen Dörfer in Ayacucho zu Zufluchtsorten für Frauen, die wegen Götzenverehrung verfolgt wurden oder das Opfer von Vergewaltigung, Konkubinat und Zwangsheirat mit Priestern und "hacienderos" waren. Die gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den als Halbnomadinnen lebenden Frauen und den Männern im Tal ermöglichte es den Frauen, eine gewisse soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu entwickeln, während sie gleichzeitig noch von den Ehemännern und älteren Söhnen unterstützt wurden. Obwohl die Entfernung zwischen den beiden Dorfteilen einen Tagesmarsch betrug, standen die BewohnerInnen in ständigem Kontakt, die Frauen nahmen an den Entscheidungen dörflicher Belange teil, die Auswirkungen des Feudalismus wurden gemeinsam getragen.

Oftmals wird angemerkt, daß die Frauen bei Sendero an eine präkoloniale Andentradition anknüpfen, nach der Frauen oft an vorderster Kampflinie zu finden waren.

Eine Begleiterscheinung der sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ist der Ehebruch seitens der Männer, der für die Frauen eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe bedeutet. Sendero ist bekannt dafür, Ehemänner, die Frauen und Kinder verlassen haben, zu bestrafen. Befragt nach der Vereinbarkeit dieser Einschüchterung von Männern mit Senderos Bemühungen, dieselben Männer zu rekrutieren, antwortete eine meiner Informantinnen einfach: "Die Männer gewöhnen sich daran."

Eine Frau, die an Senderos "Volksbildungs"programmen teilnimmt, hat mir erzählt, daß fast alle SchülerInnen in diesen heimlichen Schulen junge Frauen seien, von denen viele im Hochland aufgewachsen sind, wo das Überleben fast unmöglich geworden ist. Sie sehen keine Hoffnung in einer Reform, weder durch Gewerkschaftstätigkeit, noch in Sozialmaßnahmen der Regierung, und ganz gewiß nicht durch eine Wahl-Farce. Frauen aus der LandarbeiterInnen-Gewerkschaft haben mir oft gesagt, daß sie es leid seien, endlosen leeren Reden und Versprechungen zuzuhören. Ich habe erlebt, daß Frauen in der Gewerkschaft eine Art "kulturelle Revolution" inszeniert haben, indem sie - ohne besonderen Erfolg - auf die Behandlung von Frauenanliegen gedrungen haben.

Ich habe eine Führerin des Leuchtenden Pfades gefragt, wie sie sich als eine gebildete berufstätige Frau "blind" der Autorität einer Einzelperson, die dazu noch ein Mann ist, unterordnen kann. Sie gab zur Antwort, daß unter der Führerschaft von "El Guia" - oder "Presidente Gonzalo", wie Abimael Guzmán auch genannt wird - die Bewegung etwas erreicht habe, was noch keine andere politische Organisation erreicht hat: eine gelungene Attacke gegen "bürokratischen Kapitalismus" und den "Compradoren-Staat". Aber das Wichtigste sei für sie die Erfahrung von einer allgegenwärtigen Führung, auf deren Tun sie sich verlassen könne, und die nicht wankelmütig sei. Angesichts des Verhaltens von Wahlkandidaten und ihrer Rivalität untereinander ist die vertikale Führerschaft von "El Guia" sehr willkommen.

Die strengen Regeln innerhalb der Bewegung werden von den Frauen nicht zuletzt auch als ein gewisser Schutz empfunden: Exekutionen und andere Maßnahmen richten sich nicht nur gegen Verräter, Spitzel und Feinde der Bewegung, sondern auch gegen Männer, die der Vergewaltigung beschuldigt werden. Dazu sind die Frauen unter Gleichgesinnten: Sie werden weder wegen ihrer Armut oder ihrer mangelnden Bildung, noch wegen ihres Frau- und Indianerinseins verachtet. Ihre Interessen werden ernstgenommen und laufen nicht Gefahr, aus persönlichen Vorteilen "verraten und verkauft" zu werden.

Abschließend bleibt zu betonen, daß Sendero Luminoso im Moment zwar auf seiten der indianischen Frauen Perus steht, daß aber hierin sicher keine Garantie zu sehen ist für eine unveränderte Haltung im Falle einer PCP-Regierung. Es wäre nicht die erste revolutionäre Bewegung, in der die treibende Kraft am Ende das Nachsehen hat. Deshalb werden die Frauen des Leuchtenden Pfades immer wieder mit Nachdruck klarstellen, daß sie nicht bereit sind, ihre endlich (zurück-)eroberte Position wieder aufzugeben.

Carol Andreas

(gekürzt aus: nacla, Vol XXIV, No 4, Dez./Jan. 1990/91)

(Aus: Clash Nr.4)

Interview mit E.F. Huidobro / MLN-Tupamaros Uruguay

E.F.Huidobro: Guten Abend erst einmal! Ich heiße euch alle zu dieser Veranstaltung sehr herzlich willkommen! Ich begrüße euch nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen der Tupamaros und im Namen des Volkes von Uruguay.

Ich halte es für notwendig, hier eine ganze Reihe von Präzisierungen über die Tupamaros und die MLN, die Bewegung zur nationalen Befreiung, anzubringen. In Europa ist das bisher viel nötiger als in anderen Teilen der Welt. Wir wurden vor allem wegen unserer spektakulären militärischen Aktionen in der ganzen Welt bekannt. Das war hauptsächlich ein Werk der Journalisten und der großen internationalen Presseinstitutionen und deshalb haben die Menschen außerhalb von Uruguay notwendigerweise ein einseitiges und bruchstückhaftes Bild von unserer Bewegung erhalten. Man kann die heutige aktive Präsenz der Tupamaros in Uruguay nicht richtig verstehen, wenn man die Vergangenheit nicht kennt.

Ich will erklären, wie das geht, daß eine Guerilla, die in den 60'er Jahren entstand, im heutigen politischen Leben meines Landes so aktiv ist und innerhalb der Linken meines Landes ein solches Gewicht hat, noch dazu mit einer Führung, die zum Teil von damals noch überlebt hat.

Die Erklärung für diese außergewöhnliche Tatsache ist, daß diese Guerilla eine Organisation war, die nicht nur bewaffnet gekämpft hat. Ich glaube, die Tupamaros waren immer authentischer Ausdruck des uruguayischen Volkes, ohne hier irgendwelchen Schemata zu folgen. In den 60'er Jahren haben wir Aktionen gemacht, die gegen jegliche damalige Mode verstoßen haben. Wir haben damals, statt eine Guerilla auf dem Land aufzubauen, eine Stadtguerilla aufgebaut.

Wir haben alle Formen des Kampfes eingesetzt, und das ohne jede Einseitigkeit. Wir gingen davon aus, daß alle Kampfformen notwendig sind, daß abhängig von der Situation eine Kampfform besonders wichtig werden kann und das sich dann die anderen Kampfformen unterordnen müssen, ohne sie aber aufzugeben. Wir hatten z.B. auch Mitglieder in den Gewerkschaften und in den Studentenorganisationen. Wir beteiligten uns an den sozialen Kämpfen, auf parlamentarischer und gewerkschaftlicher Ebene. Wir haben nie eine Kampfform abgelehnt. Sehr viel mehr Genossen haben damals mit anderen Kampfformen gekämpft und nur so ist der Erfolg der militärischen Aktionen zu erklären. Wir waren immer der Meinung, daß eine Guerilla ohne die Unterstützung des Volkes keinen Sinn hat. Es ist nicht unsere Schuld, daß die internationale Presse sich nur für die militärischen Aktionen interessiert hat. Die militärischen Aktionen der MLN haben den Kampf des Volkes begleitet, oft sind sie erst nach dessen Kampf gekommen. Für uns war es immer das Wichtigste, diesem Kampf des Volkes seinen Wert zugeben, ihn zu Begleiten; wir haben versucht diesen Kampf zu organisieren, damit die Leute ihre Probleme selbst lösen können. Ich glaube, daß das der Wert unserer Erfahrungen ist, denn wir haben uns niemals als höher oder besser als diese Menschen betrachtet, sondern einfach nur als einer mehr, der mit ihnen arbeitet. Die sehr unorthodoxe, sehr dialektische, sehr unschematische, sehr antidogmatische Vorgehensweise der Tupamaros erklärt wohl, warum wir trotz unserer militärischen Niederlage als Tupamaros als Erfahrung des uruguayischen Volkes im Herzen der Menschen lebendig geblieben sind und warum wir weiter wachsen. Wenn es nur ein technischer Kampf gewesen wäre, dann wären wir heute nur noch für Geschichtsbücher interessant.

Der andere wichtige Gesichtspunkt ist, daß unser Kampf ein Teil des gesamten Kampfes des uruguayischen Volkes war. In einer Zeit des Aufschwungs des Klassenkampfes Ende der 60'er/ Anfang der 70'er Jahre haben alle Kampfformen zugenommen und alle waren notwendig und unumgänglich. Und wir waren nicht diie Avantgarde, noch wollten wir dies sein. Wir sind im Gegenteil sehr mißtrauisch gegenüber diesem Wort. Es hat Momente gegeben, in denen die Studenten die Avantgarde waren und wir hinter ihnen dreingekommen sind. Manchmal sind sie gestorben, aber wir nicht, manchmal sind sie gefangengenommen worden, aber wir nicht. Manchmal war die Arbeiterklasse die Avantgarde, die Gewerkschaftsbewegung, die sehr kämpferische Streiks durchgeführt haben, die uns alle mitgezogen und uns einen neuen Weg aufgezeigt haben. Dann war es die gigantische Bewegung der Koalition der Linken, die 1970/71 begann; damals haben wir als Guerillos diese Entwicklung begrüßt und sie unterstützt. Natürlich waren wir auch manchmal die Avantgarde mit unseren militärischen Aktionen und haben damit einen Weg aufgezeigt. Aber es gab auch Augenblicke, in denen die Abgeordneten der Linksparteien die Avantgarde waren. In einem der dunkelsten Momente in unserer Geschichte, als die anderen Organisationen bereits zerschlagen waren, sind diese Parlamentarier fest geblieben und haben gegen die Ultrarechte gekämpft. Sie haben die Verletzung der Menschenrechte, die Folterungen und das Verschwinden lassen angezeigt. Sie wußten, daß sie damit ihr Leben auf's Spiel setzten, daß sie getötet werden konnten und viele von ihnen wurden getötet. Sie haben damit das Leben von vielen Genossen gerettet.

Ich glaube, daß wir heute bei all diesen Problemen gelernt haben, daß niemand die historischen Interessen einer Klasse vertritt, weil sein Zenralkomitee es beschließt. Die Leute auf der Straße, die Nachbarn, die Jugendlichen, die Marginalisierten entscheiden, wer die Avantgarde ist, indem sie einem Versammlungsaufruf folgen, indem sie einem Weg folgen, den man aufzeigt.

Wir sind 1972 besiegt worden, weil wir nicht verstanden hatten, daß die Guerilla schon das Ziel ihrer Aktivität erreicht hatte. Wir waren innerhalb weniger Jahre von einer Handvoll Militanter zu einer Massenbewegung geworden. Wir wurden immer größer und scharrten die ganze Linke um uns. 1970/71 bemerkten wir nicht, daß wir dieses Ziel erreicht hatten. Wir haben weiterhin mit kleinen, gut ausgebildeten Gruppen höchst spektakuläre militärische Aktionen vom Stil der Stadtguerilla durchgeführt, die bereits überflüssig und veraltet geworden waren. Wir haben damit bereits große Massen von Menschen ohne Schutz gelassen, Menschen, auf die der Feind schon einzuschlagen begonnen hatte.

Ich weiß sehr wohl, daß eine kleine Stadtguerilla-Gruppe von wenigen Frauen und Männern brilliante und spektakuläre Aktionen durchführen und damit in die Schlagzeilen der Weltpresse kommen kann. Aber wenn in diesen Aktionen das Bewußtsein des Volkes nicht zum Ausdruck kommt und wenn sie nicht dazu

beitragen, daß neue Kräfte hinzukommen, dann ist das nur ein polizeiliches und geheimdienstliches Problem. Es wäre ein Kampf zwischen zwei Apparaten.

Aber wenn der bewaffnete Kampf notwendig ist und die Stadtguerilla die Unterstützung der breiten Massen gewonnen hat, in einem Aufschwung der Massenbewegung eingebunden ist und die Gefühle der Massen ausdrückt und sie gleichzeitig verstärkt, dann ist der Feind der Erste, der das begreift. Dann nimmt der Kampf eine ganz neue Form an: das ist dann kein reines Polizei- und Geheimdienstproblem mehr, sondern dann greift das Militär ein, dann kommen die Todesschwadronen und das Heer und die Folter wird massiv eingesetzt. Dann gehen sie nicht mehr so sehr und allein gegen die Guerilla vor, sondern gegen die gesamte Massenbewegung, die sie unterstützt. Dann zögern sie auch nicht, Völkermorde zu begehen, wie sie es in Chile, Argentinien und Vietnam getan haben, denn es wird ihnen klar, daß an diesen Punkt des Beschleunigungsprozesses und der Akkumulation von Kräften die Grundlagen des Systems selbst in Gefahr sind. Jetzt muß die Guerilla zu militärischen Aktionen auf höherem Niveau übergehen, an denen die Massen teilnehmen können - die Guerilla in eine Armee verwandeln, Krieg führen, Gebiete befreien - sonst ist die Massenbewegung den Todesschwadronen und dem Faschismus schutzlos ausgeliefert.

Genau das haben wir nicht begriffen. Wir hatten das noch nicht begriffen, aber der Feind hatte es sehr wohl begriffen und deshalb konnten sie uns eine Niederlage beifügen. Diese Lektion, die wir so schmerzlich bezahlt haben, wurde einige Jahre später von den nicaraguanischen und salvadoranischen Genossen umgesetzt.

Im Juni 73 putschte das Militär endgültig, nachdem es schon länger schleichend die Macht übernommen hatte. Nach der Auflösung des Parlaments initiierte die Massenbewegung einen heroischen zweiwöchigen Generalstreik, den längsten, den es je in Uruguay gegeben hat. Man hatte als letzten Schlag gegen die Diktatur eine große Demonstration angekündigt und man wußte, daß die Streitkräfte dort sehr repressiv vorgehen würden. Aber die gesamte Führung der Linken ist hingegangen. Sie wußten, daß man sie dort festnehmen würde und man hat sie festgenommen. Die Bevölkerung kämpfte, war jedoch wehrlos, da ihre militärischen Apparate wie die Tupamaros zerschlagen waren.

Mit der Niederlage brach eine dunkle Nacht über mein Land herein. Das Militär entschloß sich zum totalen Krieg gegen die Volksbewegung. Weil es schwierig war, die Guerilla direkt zu treffen, die in der Basisbewegung Einfluß gewonnen hatte, gingen sie gegen die Bevölkerung los. Sie zerschlugen alles, die Gewerkschaften, den Studentenverband, alle Organisationen des uruguayischen Volkes wurden zerstört. Sie besetzten die Universität und lösten die Parteien auf, auch die bürgerlichen.

Nach einigen Monaten war in Uruguay, der Schweiz Amerikas, kein Stein mehr auf den anderen. Die Gefängnisse waren voll, Tausende und Abertausende wurden gefoltert. Tote, Verschwundene, Exilierte - eine sehr schwarze Nacht des Terrors. Wir haben zusammen mit Companeros von allen Kampffronten und von allen politischen Organisationen die schlimmsten Auswirkungen dieses Faschismus erleben müssen. Wir hatten die höchste Zahl von politischen Gefangenen und Gefolterten pro Kopf der Bevölkerung von ganz Lateinamerika. Dabei ging es nicht nur um die Unterdrückung einer Guerilla, es ging um die Konterrevolution. Der Imperialismus und die Oligarchie konnten in keinster Weise den Aufschwung des Klassenkampfes und die Stärkung der verschiedenen linken Organisationen hinnehmen. Deshalb sollte mit der Repression nicht nur die Guerilla zerschlagen werden, sondern es sollte sogar jede Ahnung von einer linken Idee im Land zerstört werden. Im Land herrschte der blanke Terrorismus und dieser Terrorismus wurde systematisch gegen alljene angewandt, die man des Terrorismus anklagte.

Uruguay ist ein kleines Land. Es hat 3 Millionen Einwohner und alle Einwohner verfügen über persönliche Dokumente. Es war deshalb eine leichte Aufgabe eine Kartei über die gesamte Bevölkerung anzulegen und sie in drei Kategorien einzuteilen, nämlich in A, B, oder C. Und wer eine Arbeit suchte in Uruguay, der mußte in die Kaserne gehen und ein Zertifikat über den demokratischen Glauben anfordern. Dort in den Kasernen haben die Militärs dann zuerst im Computer nachgeschaut ob man nun zur Kategorie A, B oder C gehörte und je nachdem hatte man ein solches Zertifikat bekommen oder nicht. Ohne dieses Zertifikat war es unmöglich, in Uruguay Arbeit zu finden, in den öffentlichen Unternehmen und auch bei einer ganzen Reihe von privaten Unternehmen. Ansammlungen von mehr als vier Personen auf der Straße waren verboten, sogar für eine Geburtstagsfeier mußte man beim nächsten Polizeirevier um Erlaubnis fragen. Alles wurde von ihnen reglementiert. Die Haarschnitte, Bärte wurden verboten, lange Schnauzer wurden verboten, die Studenten mußten Uniformen tragen. Die Länge der Röcke der Studentinnen wurde von ihnen reglementiert und ob sie Hosen tragen durften oder nicht. Sogar die Texte für Grundschulen, weiterführende Schulen und Universitäten in den Büchern wurden geändert. Jede Nacht ein Jahrzehnt lang, wurden Fernsehen und Radio dazu eingesetzt, ihre Version der Geschichte zu verbreiten. Darin wurden nicht nur wir kriminalisiert, sondern dort wurde auch der Gewerkschaftsbund und die Studentenbewegung und die gesamte Linke kriminalisiert. Und sie gingen sogar so weit, die schuld an allem, was auf der Welt geschah und was in Uruguay geschah, der französischen Revolution zuzuschieben. Soweit zurück ging ihre Version der Geschichte.

Das Exil wurde zu einer Realität für mein Land.

Mein Land kam aus dieser faschistischen Nacht durch die Mobilisierung der Menschen heraus.

Während der 70'er Jahre spielte die Arbeit aus dem Exil heraus eine sehr wichtige Rolle. 1980 lebte die Massenbewegung wieder auf. Anfang der 80'er glaubten die Militärs, daß sie jetzt ihre Arbeit abgeschlossen hätten, nämlich die Linke und ihre Ideen auszurotten und die Bevölkerung einzuschüchtern. Sie beschlossen, ein Plebiszit, eine Volksbefragung auszurufen, mit der sie in meinen Land ihre Diktatur einfach legalisieren wollten. Vielleicht taten sie es unter dem Eindruck der Volksbefragung, die kurz zuvor in Chile stattgefunden hatte. Sie baten darum, daß man Wahlkampagnen für ihren Vorschlag machen würde. Sie sagten, wenn die Leute für die Verfassungsform stimmen würden, wenn man ihre Diktatur legalisieren würde, dann würde man aus der Diktatur herauskommen; aber sie sagten auch, wenn man nicht dafür stimmen würde, dann würde die diktatur weitergehen. In der Nacht, als die Menschen zu den Wahlurnen gingen, haben die militärs ihren ersten großen Schlag erhalten und dieser Schlag war der Beginn ihres erzwungenen Rückzugs in die Kasernen. 1980 stimmte das uruguayische Volk ohne überhaupt eine Alternative zu haben, und zu seiner eigenen Überraschung - denn jeder für sich hatte das nicht erwartet - doch gegen die Legalisierung der Diktatur. Die Militärs waren sich ihres Sieges so sicher gewesen, daß sie nicht einmal einen Wahlbetrug vorbereitet hatten. Sie mußten das Wahlergebnis anerkennen. Ihre Diktatur blieb bestehen, sie verschärfte sich später sogar noch, nach diesen ersten Schlag ins Gesicht, den ihr das Volk verpaßt hatte. Aber dies war der Augenblick, in dem der Kampf des uruguayischen Volkes wieder begann, aus dem Untergrund heraus. Da haben sie einfach die Angst vor dem Militärs verloren. Die darauf folgenden gigantischen Mobilisisierungen waren es, die praktisch zum Ende der Diktatur führten. Außerdem war die wirtschaftliche Lage einfach katastrophal.

Am 1. Mai 1983 haben die Militärs ihren zweiten großen Fehler begangen. Sie hatten die extravagante Idee, die 1. Mai-Demonstration, die seit zwei Jahrzehnten verboten gewesen war, zuzulassen, weil sie dachten, daß da ja sowieso niemand hingehen würde. An diesem Tag hat sich die allergrößte Menge von Menschen auf der Straße versammelt. Diese riesige Demonstration gab der Diktatur endgültig den Rest. Sie waren von dem neuen Gewerkschaftsbund aufgerufen worden. Die Militärs hatten gelbe Gewerkschaften schaffen wollen, die über kein Klassenbewußtsein verfügen sollten. Die jungen Gewerkschaftsfunktionäre von damals, die zum Höhepunkt des gewerkschaftlichen und des Klassenkampfes noch Kinder gewesen sein müssen - die alten waren entweder im Gefängnis oder im Exil oder tot, ermordet - haben sehr intelligent gehandelt; sie haben das Spiel der Militärs akzeptiert, um dann später die gelbe Gewerkschaft in eine

rote, klassenkämpferische Gewerkschaft umzuwandeln.

Es war unter Strafandrohung verboten, von politischen Gefangenen, von Geiseln und von Amnestie für die Tupamaros zu sprechen, aber auf dieser Demonstration gab es zwei Parolen, die sich auf die MLN bezogen: die eine Parole war 'Eine allgemeine grenzenlose Amnestie!' Die internationalen Organisationen, die bürgerlichen Parteien und auch die reformistische Linke forderten einfach nur eine Amnestie, aber jeder wußte, daß diese Amnestie die Gefangenen des Gewissens meinte, die Gefangenen der Guerilla aber von der Amnestie ausschließen würde. Die wachsende Bewegung im Untergrund, in der Arbeiterklasse, bei den Studenten und in den Stadtvierteln hatte dazu geführt, daß dem Wort Amnestie noch zwei weitere Worte, nämlich Allgemein und Grenzenlos zugefügt worden waren, und jeder wußte, daß damit die Tupamaros gemeint waren. Diese Forderung hatte sich die Arbeiterklasse zu eigen gemacht. Die andere Parole war: 'Keine Geiseln mehr!' und alle wußten, daß sich das auf neun ganz bestimmte Personen bezog, nämlich auf die historische Führung der Tupamaros, die zu dieser Zeit als Geiseln gehalten wurden. Tatsächlich war der Tag an dem diese Etappe des Kampfes zu Ende ging, an dem wirklich das Ende der Diktatur eingeläutet wurde, der 14.Mai 1985: an diesem Tag wurden die letzten politischen Gefangenen freigelassen und das waren die Tupamaros genauer gesagt die historische Führung der Tupamaros und ihre bekanntesten Militanten. Sie wurden von einem wirklich riesigen Volksfest auf den Straßen empfangen.

In den 80'er Jahren haben die Militärs dann versucht den Fußball einzusetzen, um ihren Regime ein größeres Prestige zu geben und sie haben versucht, eine Weltmeisterschaft all jener Fußballmannschaften zu organisieren, die jemals Weltmeister gewesen waren, also Deutschland, Uruguay, Brasilien, Argentinien usw.. Sie versuchten damit, die Militärs von Argentinien zu kopieren, die das im Jahr 1978 bereits getan hatten und so geschah es dann auch. Die Menschen wehrten sich nicht gegen diese sogenannten Weltmeisterschaften, sonder sie gingen in Massen in diese Fußballstadien und sie beschlossen einfach, jede dieser Menschenansammlung dazu benutzen,einen massiven Protest gegen die Diktatur zu äußern. Und jedes sportliche Großereignis wurde so zu einer Feldschlacht gegen Polizei und Streitkräfte. Auch der Karneval und die Volksfeste wurden von den Menschen umgewandelt in Akte des Protestes. Sogar die Fußballspieler haben an diesen Kampf teilgenommen, aus dem Exil oder wo immer ach sie zu der Zeit spielten. Es kam dann dort sogar soweit, daß die Militärs Angst hatten, irgendetwas zu organisieren, wo Menschen zusammenkommen würden. Denn die Menschen haben die Anonymität der grßen Mengen ausgenutzt, um so ihren Protest zu artikulieren.

Dieser Kampf wurde vor allem von den Jugendlichen getragen, die noch Kinder waren, als die Diktatur uber Uruguay kam. Als ich nach 15 Jahren aus dem Gefängnis heraus kam und zu den ersten Versammlungen der MLN ging, habe ich sehr viele Jugendliche getroffen und vor allem Leute, die viel zu jung waren, als das sie irgend jemand für die MLN hätte rekrutieren können. Denn damals, als wir gefangen genommen wurden, waren sie noch Kinder gewesen und jetzt waren sie Tupamaros. Sie hatten sich selbst rekrutiert und allein, ohne Führung, im Untergrund den MLN und alle seine Strukturen für den Kampf unter den massen wieder aufgebaut.

Und es waren die Frauen - denn es gab nur sehr wenige Männer, sie waren im Exil oder Gefangen - die zu Hause und in den Familien diese Kultur an ihre Kinder weitergaben, als Geheimnis. Sie erzählten ihnen die wahre Geschichte ihres Landes, sie erzählten ihnen was Lüge und was Wahrheit war und sie lehrten sie auch den Mund zu halten. So war das in fast allen Familien in Uruguay während er Militärdiktatur.

In diesem Klima hat die Jugend gelernt, was die Wahrheit in der Vergangenheit ihres eigenen Landes gewesen war. Wir, die Tupamaros, waren in ihrem Land, wo sie waren, wo sie heute leben und in den geeigneten Rahmenbedingungen haben sie dann angefangen zu kämpfen.

Das Leben in meinem Land hat dann wieder begonnen, als ob nichts geschehen gewesen wäre, als ob das Gespräch nach 12 Jahren Faschismus mit den selben Worten weiter-ginge. Alle politischen Organisationen wuredn wieder gegründet, dieser ganze Zoo, diese Schau von linken Organisationen, außer der prochinesischen. Auch die Frente Amplio (eine Koalition, die fast die gesamte Linke umfaßt) wurde wieder aufgebaut, die Gewerkschaften, die Studentenbewegung, alles, was vor dem Staatsstreich vor über einem Jahrzehnt bestanden hatte, als ob einfach nichts geschehen wäre. Mit einem Unterschied; alle wuchsen, alle wurden immer größer, hatten immer mehr Unterstützung durch die Massen.

Noch eine andere Tatsache ist wichtig: auch die beiden bürgerlichen Parteien meines Landes sind gestärkt und quasi legitimiert aus der Diktatur heraus gegangen, denn auch sie hatten sich gegen die Diktatur ausgesprochen - auch wenn sie für ihr Projekt der liberalen Demokratie kämpften, wenn man es so ausdrücken will. Man muß das im Kopf haben, denn es hat bis heute Konsequenzen. Außer der Ultrarechten, die die Militärs unterstützt hat, waren alle Bereiche des politischen Lebens und vor allem ihre politischen Führer klug genug, gegen die Diktatur zu kämpfen und sich gegen sie auszusprechen. Es gibt unter ihnen sogar einige Märtyrer aus dem Kampf gegen die Diktatur.

Der Prozeß der Sammlung von Kräften innerhalb der öffentlichen Meinung Uruguays geht bis zum heutigen Tag weiter. Hier hat es Niederlagen und Siege auf verschiedenen Ebenen gegeben. Die wichtigste Niederlage war sicherlich die Niederlage bei der Abstimmung 1989. (Damals ging es darum, ob die Militärs für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen oder amnestiert werden. 20% der Einwohner Uruguays hatten mit ihrer Unterschrift und der Nummer ihres Personalausweises die Abhaltung eines Plebiszits über diese Frage durchgesetzt. Die Abstimmung selbst gewannen die Militärs knapp,aber vor allem, weil sie für den Fall einer Niederlage mit einen neuen Putsch drohten.) Trotzdem war die Kampagne ein Erfolg.. denn die Verbrechen der Militärs waren zwei Jahre lang Gegenstand eines Tribunals, das vom Volk durchgeführt wurde. Die Linke hat auch einen großen Wahlsieg errungen, nämlich bei den letzten Wahlen, als das Amt des Bürgermeisters von Montevideo gewonnen werden konnte (in Montevideo wohnen ca. 1,5 Millionen Menschen, etwa die Hälfte der Einwohner Uruguays). Die Umfragen sagen, daß die Linke heute die Parlamentswahlen gewinnen würde. Aber dieses Anwachsen der Unterstützung durch die Massen geht nicht mit einer höheren Qualität der politischen Organisationen einher.

Die Linke Uruguays erlebt heute eine Krise der Militanz. Es ist eine fast paradoxe Situation; auch wenn es mehr Unterstützung von seiten der Öffentlichkeit und der Arbeiter gibt als jemals zuvor, sind im gleichen Augenblick die Militanten, die politische Organisationen und Strukturen in einer Krise der Militanz. Wir laufen jetzt Gefahr, 1994 die Wahlen zu gewinnen und die Regierung zu stellen, genau wenn wir in einer tiefen Krise stecken.

Unsere größte Schwäche ist, daß wir viele Militante verlieren. Viele ziehen sich von Aktivitäten zurück. Das passiert überall in Lateinamerika, und ich habe gehört, daß es auch hier so ist. In Uruguay sind mehrere Faktoren dafür verantwortlich: Die wirtschaftlichen Probleme sind eine sehr wichtige Sache. Um heute in Uruguay überleben zu können, muß man zwei Arbeitstellen haben. Man muß einfach den ganzen Tag arbeiten, auch am Wochenende, damit man überleben kann. So bleibt nur sehr wenig Zeit für die politische Militanz. Die Genossen kommen einfach müde nach Hause und können nicht mehr soviel Zeit wie früher in politische Aktivitäten investieren.

Der Zerfall des Sozialismus oder dessen, was man Sozialismus genannt, der stalinistischen Regime, war ein harter Schlag für die Hälfte der uruguayischen Linken, die dieses Sozialismus-Modell unterstützt hat. Sie befinden sich heute in einer Phase der fehlenden Orientierung, des Nachdenkens und des Rückzugs in's Privatleben und in die alltägliche Arbeit.

Die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterklasse hat in ihrem Kampf harte Rückschläge erleiden müssen. Fast alle Streiks scheiterten. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur wurde später nicht geändert. Als die bürgerlichen Parteien an der Regierung waren, haben sie die gleiche Wirtschaftspolitik weitergeführt, sie wurde so-

gar noch schlimmer, noch kapitalistischer, noch neoliberaler und für die Leute bleibt immer weniger. Die Studentenbewegung hat im Vergleich zu anderen Perioden Rückschläge hinnehmen müssen. Gleichzeitig gab es ein starkes Anwachsen der sozialen Kämpfe in den Stadtvierteln. Durch all die Schwierigkeiten und die schlechte Arbeit, die in den Gewerkschaften und anderen Organisationen, auch anderen Typs, geleistet wurde, und wegen der vielen Niederlagen haben viele Militante beschlossen, sich anderen Gruppen zu-zuwenden, nämlich in diesen Stadtteilgruppen oder im informellen Sektor zu arbeiten. Es gibt Basisgruppen in allen Stadtvierteln von Montevideo. Während wir einerseits vorankommen, verlieren wir anderswo. Aber ich hab ja schon gesagt, daß diese Arbeit heutzutage durch die Krise der Militanz in Mitleidenschaft gezogen wird. All diese Basisarbeit, die die Linke geleistet hat, konnte sie aufgrund einer großen Zahl von Kämpfern leisten. In dem Maß, in dem sich diese Kämpfer heute zurückziehen, geht auch unsere Leistungsfähigkeit zurück. Es ist auch so, daß viele Leute an unseren Massendemonstrationen teilnehmen. Unsere Bücher und Zeitschriften verkaufen sich gut. Aber zu unseren Versammlungen kommen jedesmal weniger Leute.

Die Jugend Uruguays, die die besten Augenblicke des Kampfes gegen die Diktatur angeführt hat, hat sich frustriert aus diesem Kampf zurückgezogen. Sie hatten große Hoffnungen in die Demokratie. Sie sind unter der militärischen Tyrannei zum politischen Leben erwacht, sie hatten keine Erfahrung und auch keine fundierte Ausbildung. Sie glaubten, daß sie mit ihren Methoden Erfolg haben würden und das hatten sie auch: sie bekämpften die Diktatur und die Diktatur ging zu Ende, sie sind auch in die Gefängnisse gegangen und haben die Gefangenen befreit. Aber sie glaubten auch, daß wenn die Demokratie einmal kommen würde, auch die Wirtschaftsprobleme gelöst werden würden. Aber dann standen sie einer Bourgeosie gegenüber, die sehr versiert war, die sehr geschickt war und die man nur sehr schwer besiegen kann.

Aber es gibt auch einen Generationskonflikt. Eines Tages kamen wir aus dem Gefängnis und aus dem Exil zurück, wir, die alten Führer der Guerilla, die fast eine Legende waren, auch die alten Führer der Gewerkschaftsbewegung, der Jugendlichen - die jetzt keine Jugendlichen mehr waren -, der Linken, der Arbeiterbewegung; all diese Menschen, für die die Jugendlichen damals ja eigentlich gekämpft hatten, wir, die wir für sie eine Legende waren, fast ein Mythos, ihre bewundersten Genossen. und die Jugendlichen wurden aus allen Führungsposten verdrängt. Das wäre nicht das größte Problem gewesen, obwohl es eines war. Das größte Problem war die Überheblichkeit, mit der wir zu den Jugendlichen sprachen. Viele von uns waren 15 Jahre im Gefängnis gewesen, quasi begraben, und als iwr heraus kamen, kannten wir Uruguay nicht mehr. Vielen von denen, die im Exil gewesen waren, erging es nicht anders; sie glaubten das sie es kennen würden aber leider geht das Leben weiter und viele Dinge verändern sich. Wir hielten uns für die Alleinbesitzer der Wahrheit und glaubten, daß die Jugend noch sehr viel von uns zu lernen haben würde und das sie noch sehr viele Schulungen zu durchlaufen hätte.

Wir verwarfen sogar sehr viele Einsichten von ihnen, die der neuen Realität viel besser angepaßt waren als unsere. Die Jugendlichen dagegen wußten sehr gut, daß sie alles organisiert hatten: das Ende der Diktatur, die Befreiung von uns Gefangenen, den Wiederaufbau der verschiedenen Organisationen usw.. Aber natürlich beginnen sie auch viele Fehler. Bildstürmerisch wie alle Jugendlichen haben auch sie mit sehr viel Hochmut gehandelt. Sie wollten spontanere Organisationsformen, weniger Disziplin, mehr Kreativität, und sie beginnen den Irrtum, die Theorie und alle etwas durchdachteren Ansätze abzulehnen. Ich denke, daß das eine Reaktion auf den Totalitarismus, wie sie in unter der Diktatur erlebt haben. Aber sie sind ins andere Extrem verfallen. Wir wiederum brachten Organisationsvorstellungen aus dem Gefängnis oder dem Exil mit, die vertikal und autoritär waren, mit einem ganzen Apparat. Und weil wir nicht unter der Diktatur aufgewachsen waren, hatten wir im Leben alle möglichen linken Aktionsformen lernen können; all die schlechten Angewohnheiten der Politik. die Jugendlichen hatten keine Zeit, das zu lernen, deshalb waren sie leichte Opfer. Aber sie sind intelligent und haben das gemerkt. Das ist auch ein Grund für den Rückzug der Jugend aus dem politischen Leben.

Wir waren weder die Einen noch die Anderen in der Lage, dieses Problem zu lösen. Wir haben nicht begriffen,daß wir heute eine Jugend haben, die sehr kämpferisch ist, wenn sie die Gründe versteht und für schlüssig hält - das Beste an der uruguayischen Linken war immer ihre Jugend. Diese Jugend ist aber auch sehr kritisch gegenüber den politischen Organisationen und sie zweifelt an der Notwendigkeit einer täglichen Militanz.

Heute stehen wir einer tragischen Situation gegenüber, nämlich das es einen Bruch des Dialogs mit der Jugend gibt. Mein Land ist seit einigen Jahren ein Land von Auswanderern. Und die neuesten Statistikenzeigen, daß unter den Auswanderern vor allem Jugendliche sind, die gebildet und links oder fortschrittlich eingestellt sind. Die Jugendlichen meines Landes emigrieren. Es gibt Graffities in den Straßen, sie sagen: Beklagt euch nicht, emigriert! Es ist allerdings eine Tatsache, daß die Jugendlichen in meinem Land keine wirtschaftliche Perspektive haben. Ob sie nun Arbeiterkinder sind oder Studenten, ob sie sogar zur Mittelschicht gehören oder zur Kleinbourgeoisie, sie alle haben keine wirtschaftliche Perspektive und sehr oft ist die Emigration das einzige, was ihnen bleibt. Aber man kann sie finden; man kann sie in Uruguay treffen, in australien, in Europa, aber vielleicht auch in Montevideo, wenn es gerade ein Rock-Festival gibt. Man kann sie aber auch bei den entscheidenden Kämpfen finden, da sind sie auch. Sie respektieren uns und sie warten. Wir wissen es, die gesamte uruguayische Linke weiß es und sie wissen es auch, daß eines der größten Probleme, die wir heute lösen müssen, dieser Abbruch des Dialogs ist.

Die Tupamaros, die gefangen gewesen waren, im Exil waren oder im Untergrund arbeiteten, wir entschieden uns nicht an einem Tag, von der Guerillaarbeit zur legalen Arbeit über zu gehen.

Die Menschen, die sich in meinem Land mobilisiert hatten, stellten uns wieder auf die politische Bühne in meinem Land, ob uns das gefiel oder nicht. Wir sollten hier wieder politische aktiv sein. Wir haben unsere Waffen niemandem abgegeben, wir haben sie im Kampf verloren. Aber das Volk hat sie zu seinem Trophäen gemacht, als es unsere Freiheit forderte und auf unser Recht bestand, eine Organisation wie jede andere zu sein. Seither ertragen uns die Imperialisten und die Oligarchie in meinem Land. Sie haben keine andere Wahl. Sie haben es nicht geschafft, uns zu domestizieren, obwohl sie es versucht haben. Sie haben es auch nicht geschafft, uns in den Bereich der Folklore abzudrängen oder eine Touristen-Attraktion aus uns zu machen, eine exotische uruguayische Guerilla. Unsere Bücher gehören zu den meist verkauften, das gleiche gilt auch für unsere Zeitungen. Unser Radio ist das meistgehörte, und zu unseren Veranstaltungen kommen die meisten Leute. Wir gehören zu der Koalition, die die gesamte Linke umfaßt. Wir arbeiten in den Gewerkschaften, in den Studentenorganisationen und in den Wohnvierteln, in den Elendsvierteln, auf dem Land, wie immer. Wir haben mit dem Volk zusammen in allen Kämpfen gekämpft.

Wir haben gewisse Vorteile und gewisse Nachteile. Es handelt sich bei Uruguay um ein Land der 3.Welt. Die Krise des sozialistischen Lagers hat wie gesagt eine Krise der Militanz ausgelöst, eine Krise der Militanten, also der politisierten Genossen, die etwas gelesen haben, sich Gedanken gemacht haben,sich damit beschäftigt haben und die sich jetzt nach dem Zusammenbruch des Sozialismus Fragen stellen, an ihren Gewissheiten zu zweifeln beginnen und sich aus der Militanz zurückziehen, um nachzudenken. Das ist einer der Nachteile, die wir sehen. Aber trotzdem und gleichzeitig und mitten in der Wirtschaftskrise und der Armut wächst die Unterstützung des einfachen Volkes für die Tupamaros - gleichzeitig, was auch bedeutet, daß diese Menschen durch die weltweiten Ereignisse nicht bewegt werden. Meiner Erfahrung nach muß ich vor allem in Deutschland sehr viel über dieses Thema sprechen, ebenso in manchen Kreisen der uruguayischen Linken. Wenn ich aber als ein Führer der Tupamaros in einen der armen Stadtteile gehe und dort mit dem revolutionären Subjekt spreche, dann hat dieses Subjekt wahrscheinlich keine Zähne, dann hat es an diesem Tag nichts ge-

gessen, dann gehen seine Kinder nicht zur Schule, dann weiß er nicht wo er Hilfe finden kann, wenn er krank ist, dann hat er wahrscheinlich keine Wohnung mehr und weiß nicht, wo er leben soll - wenn ich mit einem solchen Genossen über dieses Thema sprechen würde, dann wäre das, als wenn ich ihn nicht mit genügend Achtung behandeln würde. Und wenn wir mit diesen Arbeitern sprechen, mit diesen Marginalisierten, mit diesen Arbeitslosen, mit diesen Frauen, die im Elend leben, dann ist diese Utopie, über die wir sprechen, keine Angelegenheit von in 20, 30, 50 Jahren, sondern von morgen oder übermorgen, dann ist diese Utopie: dreimal am Tag essen zu können, Kinder aufziehen zu können, zu wissen, wenn man krank ist, bekommt man ein Bett im Krankenhaus und Watte und Verbandszeug und etwas zu essen. Ich glaube, daß man in meinem Land für diese Utopie kämpfen kann. Diese einfachen, fast elementaren Dinge stellen für uns eine Utopie dar. Der Kapitalismus in meinem Land ist nicht in der Lage diese Probleme zu lösen. sie sind ein Traum, man braucht dafür eine Revolution, denn der Kapitalismus allein kann diese Utopie in meinen Land nicht schaffen. Dies sind die revolutionären Ziele der Linken: wenn die Leute gegessen haben, wenn sie ein bißchen glücklicher sind, wenn wir diese kleine Utopie erreicht haben, dann können wir anfangen, mit ihnen über die Idee des Sozialismus zu diskutieren.

Ich bin auch völlig davon überzeugt, daß diese Diskussion eine internationale Diskussion sein muß, und zwar nicht nur zwischen Uruguay und Argentinien, zwischen Uruguay und Brasilianern und Peruanern. Unser Problem in den 60'er Jahren war, daß wir, wenn wir über die Revolution nachdachten, uns hingesetzt und die Landkarte von Uruguay betrachtet haben. In den 70'er und 80'er Jahren wurde es schon offensichtlicher, daß man, wenn man die Revolution in Uruguay will, eine größere Landkarte benutzen muß. Es ist heute nirgendwo auf der Welt mehr möglich, an Revolutionen innerhalb nationaler Grenzen zu denken. Das zeigt z.B. auch die Einsamkeit Nicaraguas und El Salvador. Heute müssen wir Landkarten benutzen, die die ganze Region darstellen, den ganzen Kontinent und sogar die ganze Welt. Sowie die Landkarten der mutinationalen Konzerne. In gewisser Weise zeigt uns der Kapitalismus schon lange den Weg.

Wir glauben, daß es hier eine Aufgabe gibt, die niemals zu Ende geführt wurde. Wir haben auf internationaler Ebene sehr freundschaftliche Beziehungen mit anderen revolutionären Organisationen in Lateinamerika und auch auf der ganzen Welt. Trotzdem kann man sagen, daß diese Aufgabe nie zu Ende geführt, vielleicht auch nie begonnen wurde. Die internationale Solidarität darf sich nicht darauf beschränken, Hilfe zu geben oder Hilfe zu erhalten. Wir geben Hilfe und wir erhalten auch Hilfe, aber wir glauben, daß die wirkliche Aufgabe der internationalen Solidarität ist, gemeinsam eine revolutionäre Strategie zu erarbeiten.

Ich denk, daß materielle Hilfe gut ist, daß moralische Hilfe gut ist, politische Solidarität, all das, was von Seiten der europäischen Linken in der letzten Zeit für die Kämpfe in Lateinamerika geleistet worden ist. Das ist gut. Aber das ist nicht genug. Die Solidarität darf sich nicht einfach darauf beschränken, etwas zu geben und etwas zu erhalten. Die europäische Linke kann nicht einfach nur die Linke sein, die etwas gibt, Geld, Solidarität, Unterstützung. Und die lateinamerikanische Linke kann nicht einfach diese Solidarität aufnehmen. Ich kenne sehr viel, was von Europa aus in meinem Land getan wird, was dort geholfen wird und ich habe immer den Eindruck, daß das zu instrumentell ist.

Zwischen diesen beiden Linken muß es eine gemeinsame Einschätzung geben, eine gemeinsame Diskussion der Probleme. Es muß eine gemeinsame Erarbeitung von Strategien geben. Wir denken, daß ein Internationalismus gestorben ist, und es ist gut, daß er tot ist, denn er war voller Fehler. Wir müssen einen anderen Internationalismus aufbauen, einen, der nicht diskriminiert, der auf alle Beiträge hört, der wirklich solidarisch ist. Wir, die Tupamaros, haben immer sehr großen Wert darauf gelegt, daß unsere Genossen von außerhalb an unseren Diskussionen teilnehmen, an der theoretischen Ausarbeitung unserer Dokumente, an der Untersuchung der Situation, an den Gedanken die man haben kann, an mögliche Lösungen darüber wie man unter der gegebenen Situation kämpfen muß. Es ist unser Meinung nach eine Achillesferse, wenn wir diese Aufgabe nicht erfüllen, besonders für die Länder, in denen die Prozesse schon weit fortgeschritten sind oder fortschreiten. Es kommt ein Moment, in dem man sich darüber klar wird, daß es ohne diese Unterstützung und Koordination sehr schwer wird, voran zu schreiten.

Man muß sagen, daß auch der gegenseitige Austausch von Informationen und Kenntnissen notwendig ist. Wir Uruguayer wissen z.B. sehr wenig darüber, was in Paraguay passiert, dabei gibt es dort sehr interessante Entwicklungen. Ich denke außerdem, daß man in Lateinamerika und auch in Europa nicht viel über die Entwicklung in Brasilien weiß. Ich glaube, daß sich dort der wichtigste und reichste Prozeß der lateinamerikanischen Revolution abspielt. Wir tauschen sehr wenig Informationen aus, wir haben wenig Medien, die Nachrichten, Gedanken, Ideen verbreiten. Das ist eine andere Aufgabe, die wir angehen müssen.

Ich möchte mich entschuldigen, weil ich etwas über den Zeitrahmen hinausgegangen bin und hier aufhören. Ich würde jetzt gerne auf eure Fragen antworten und mich mit Themen befassen, die euch interessieren und beschäftigen; ich weiß nicht sehr genau, um was für Themen es sich da handelt.

APPLAUS!

Frage: *Handelte die Armee als bewaffnetes Organ gewissermaßen im Auftrag der Bourgeoisie Uruguays, oder agierte sie eher als Interessenvollstreckerin des US-Imperialismus?*

E.F. Huidobro: Es ist in meinen Land sehr schwierig, zwischen den Interessen des Imperialismus und der Bougeoisie zu differenzieren. Das uruguayische Bürgertum ist eine Lumpenbourgeoisie. Es hat kein nationales Konzept, sondern fungiert als Vermittlerin und in gewissem Sinne als Interessensvertreterin des Imperialismus. Natürlich gibt es darin Sektoren, die Interessen im Land selbst haben, die nicht mit dem Ausland verbunden sind. Aber diese sind sehr schwach, haben keine Chance, sich zu entwickeln und wurden auch scharf unterdrückt. Was die Armee machte, war die Synthese aus beidem: Sie agierte als bewaffneter Arm der Oligarchie und war auf's Engste mit den nordamerikanischen Interessen verbunden. In einem bestimmten historischen Moment begann die Arnmee, bonapartistisch zu handeln. Sie glitt ihnen aus der Hand und begann, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Das war der Anfang vom Ende der politischen Herrschaft der Armee Sie zielten darauf ab, sich in einen Block mit eigener wirtschaftlicher Macht zu verwandeln, aber obwohl es dabei Verknüpfungen und Interessenskoalitionen gab, handelten sie vor allem individuell. Sie rissen die Kontrolle der Staatsunternehmen an sich. Die Direktorenposten dort waren der saftigste Teil vom Kuchen. Aber Uruguay ist ein kleines Land und auch der Kuchen ist klein. Es waren sehr viele, die ihn unter sich aufteilen wollten. Es kam zu Korruption und dies war der Ausgangspunkt für viele interne Streitigkeiten der Armee. Sie bauten keine neuen produktiven Sektoren auf, sondern zerstörten die bestehenden und wirtschafteten das Land in die Katastrophe. Das einzige, was sie machten: Sie verwandelten das Land in ein Paradies für Finanztransaktionen. Sie verkauften alle Banken an die großen internationalen Banken. Dies führte zu sehr schweren inneren Widersprüchen zwischen der Militärdiktatur und der Bourgeoisie. der Diktatur von Pinochet gelang es, ein Wirtschaftsmodell einzuführen, daß für die Interessen des Neoliberalismus funktional ist.

In Uruguay hingegen bewirkten die Militärs ein wirtschaftliches Desaster. Das war ein weiterer wichtiger Faktor für den Sturz der Diktatur.

Frage: *Meine Frage ist hypothetischer Natur. Angenommen, die Frente Amplio würde die nächste Wahl in Uruguay gewinnnen, welche Möglichkeiten hätte sie denn dann, eine revolutionäre Politik zu machen. Denn die Situation ist doch die, daß auf der einen Seite, wie in allen lateinamerikanischen Staaten, erstens das Militär nicht entmachtet wurde und zweitens die ökonomische Politik im wesentlichen von IWF und Weltbank diktiert wird. Auf der anderen Seite sind die Revolutionäre in Lateinamerika im weltweiten Zusammenhang isoliert sind und nach dem Zusammenbruch der Gesellschaften in Osteuropa noch isolierter sind als zuvor.*

E.F. Huidobro: Wenn die Frente Amplio die Wahl gewinnt, wird sie nicht die Revolution machen können. Und wir denken außerdem nicht, daß man die Revolution machen kann, indem man Wahlen gewinnt. Wir Revolutionäre in Uruguay haben aber immer alle Formen des Kampfes eingesetzt. Wir haben die Wahlkampagnen der Frente Amplio auch unterstützt, als wir schon völlig im bewaffneten Kampf steckten. Wir nehmen an diesem Kampf teil, so wie wir auch an Streiks für Lohnerhöhungen teilnehmen, obwohl wir nicht glauben, daß das Problem der Ausbeutung der Arbeiterklasse dadurch gelöst wird. Wir nehmen trotzdem an diesen Streiks teil und beteiligen uns an der Organisierung der Gewerkschaften für höhere Löhne. Wir glauben auch nicht, daß die Probleme des Elends der Bevölkerung in meinem Land, die in Elendsvierteln lebt, durch eine Gemeinschaftsküche, einen Kindergarten oder eine Poliklinik gelöst werden, wenn wir diese aufbauen. All dies gehört aber zu dem Kampf für unmittelbare Forderungen, und man muß diesen Kampf führen, denn ich kann den Hunger meines Volkes nicht gleichgültig bleiben. Es sind auch Formen, mit denen wir lernen, uns zu organisieren und solidarisch zu sein, und es sind Kampfformen, die uns einander näher bringen und mit denen wir Kräfte sammeln, um eines Tages die Revolution zu machen. Für uns sind die Wahlen eine Kampfform wie jede andere auch, und wir belügen die Leute nicht, sondern wir sagen ihnen, was wir denken: was man damit erreichen kann und was nicht. Natürlich gibt es da Grenzen und die Gefahr, daß den Leuten das Gleiche passiert wie den Jugendlichen, wenn man sie glauben macht, daß auf diesem Weg tiefgreifende Veränderungen zu machen wären. Sie würden später feststellen, daß das falsch ist und sehr enttäuscht sein. Und es gäbe Grenzen nicht nur in Bezug darauf, was die Regierung machen kann, sondern auch was die Sammlung von Kräften für wirklich tiefgreifende Veränderungen angeht. Denn die Leute würden uns nicht mehr glauben, weil wir nicht das Paradies aufbauen, weil wir sie belogen haben. Denn die Leute sind sehr intelligent, intelligenter als wir alle. Und sie denken strategisch. Wenn man ihnen alle notwendigen Informationen gibt, wissen sie sehr genau, was man machen kann und was nicht. Das Problem entsteht, wenn man lügt.

Wir sind mit ähnlichen Problemen, wie du sie ansprichst, aber auch heute schon in Montevideo konfrontiert. Der Ausgang der Wahlen in Montevideo hat zu einer paradoxen Situation geführt: während die Rechte das Land regiert, stellen wir den Bürgermeister der wichtigsten Gemeinde und natürlich gibt es da Schwierigkeiten. Aber darüberhinaus haben wir noch eine Menge weiterer Probleme: Der bürokratische Apparat dieser superzentralisierten Gemeinde wurde seit Jahrhunderten von der Rechten aufgebaut und dirigiert; die finanzielle Lage unseres Landes und auch der Kommune ist beklagenswert, und das gesamte Erbe ist ein pures Desaster.

Aber bisher kämpfen wir gegen diese Probleme an und hatten auch noch keine größeren Einbrüche, wenngleich wir noch nicht alle Pläne umsetzen konnten. Die bevölkerung ist sich auch bewußt, daß die Linke, nur weil sie in Montevideo regiert, nicht das Paradies auf Erden verwirklichen kann. Die Leute beobachten aber, ob du wirklich auch das machst was in deinen Möglichkeiten steht oder ob du korrupt bist. Eine sehr wichtige Sache: sich nicht zu bereichern, einfach nicht zu stehlen. Das ist in einer Kommune wie Montevideo schon sehr viel.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Dezentralisierung der Kommune, wobei die Bewohner der Stadtteile ihre Angelegenheiten in stadtteilbezogenen Versammlungen selbst in die Hand nehmen sollen. Wir wollen die direkte nachbarschaftliche Partizipation bei der Planung, Mittelvergabe und Kontrolle fördern, diesen monströsen bürokratischen Verwaltungsapparat in 18 kleinere Gemeinden unterteilen, wo wir die Entscheidungsmacht in die Hand der dortigen Bewohner legen wollen, auch wenn es sich dabei um Leute der bürgerlichen Parteien handeln sollte. Für die Rechte spielt es keine große Rolle, ob die Straßenbeleuchtung funktioniert oder ob ein neuer botanischer Garten eingerichtet wird. Aber daß wir planen, die Stadtregierung in die Hände der Stadtbewohner zu geben, schmerzt sie besonders.

Es ist aber auch so, daß wir heute sehr tiefgreifendere Probleme haben, als ob wir 1994 die Wahl gewinnen oder nicht oder darüber zu diskutieren, wie wir in Montevideo regieren sollen. Nebenbei gibt es heute auch eine geradezu abstruse Situation, daß wir Tupamaros beauftragt sind, Casinos, die wir früher überfallen haben, zu bewachen, damit dort Ordnung herrscht.

***Frage:** Du hast einleitend betont, daß alle Formen des Kampfes wichtig sind. Spielen heute auch illegale Formen noch eine Rolle, oder lehnt ihr das jetzt aus ideologischen Gründen ab?*

E.F. Huidobro: Im Moment gibt es praktisch keine illegalen Kampfformen der Linken. Aber das ist keine ideologische Entscheidung, das wäre absurd. Es handelt sich dabei um taktische und strategische Probleme, die Ergebnis einer konkreten Realität sind, aber doch nie einer ideologischen Konzeption. Man muß illegal arbeiten, man muß bewaffnet kämpfen, wenn es notwendig ist. Es ist die Frage nach den geeigneten Mitteln. Wenn die Linke mit ihrer Arbeit Erfolg hat, wird sie sehr wahrscheinlich illegalisiert werden. Uruguay steht permanent unter einer faschistischen Bedrohung. Vor kurzem sagte ein General, wenn die Linke 1994 die Wahlen gewinnt, weiß man nicht, was passieren wird. Darauf müssen wir uns vorbereiten, vor allem dadurch, daß wir unseren Einfluß in der Massenbewegung verstärken. Wir haben Erfahrung mit illegaler Arbeit im Untergrund und diese Erfahrung geben wir auch an Freunde und Genossen weiter, damit sie vorbereitet sind, wenn es notwendig sein sollte. Wir bemühen uns darum, dafür zu sorgen, daß diese Drohung nicht aus dem Blickfeld gerät. aber die Ultrarechte in Uruguay sorgt schon dafür, daß das niemand vergißt. Neben 5 anderen Persönlichkeiten bin ich von einer faschistischen Gruppe mit dem Tod bedroht. Das zwingt uns dazu, daß wir uns schützen.

Die wirkliche Macht wird nicht am Tag der Machtergreifung errungen. Dieser Tag ist nicht mehr als der Beginns der historischen Gerechtigkeit. Die Probleme der sozialistischen Revolution fangen dann erst an. Es ist richtig, daß die Macht aus den Gewehrläufen kommt, aber sie wird dort nur geboren. sie muß dann wachsen und sich entwickeln und das ist nicht mehr nur eine Frage der Gewehre. Die Macht muß dann zur Entfaltung kommen, wenn die Gwehre in den Händen der revolutionären Klassen und der revolutionären Teile der Gesllschaft sind. Das ist eine notwendige Bedingung, aber keine ausreichende. Die Macht wird nicht zu Gunsten einer Partei ergriffen. Die Macht müssen die Organe der Volksmacht haben. Dort muß das Volk direkt vertreten sein, ohne irgendwelche Zwischenvertreter. In diesen Organen können die politischen Parteien, die dies wollen, aktiv werden. Sie müssen respektieren und garantieren, daß alle teilnehmen können. Und durch diese Organe der Volksmacht müssen die Waffen, die Regierung und die Macht kontrolliert werden, mit dem letztendlichen Ziel, den Staat, jede Art von Staat, abzuschaffen.

***Frage:** Ich kann mir das tägliche Leben eigentlich unheimlich schwer vorstellen, also z.B. wovon die Leute denn leben; oder andersrum auch: er hat ja gesagt, daß viele ziemlich bedrückt sind, einfach von der Perspektivlosigkeit der ökonomischen Bedingungen. Wie versuchen die Leute denn, das zu lösen, damit umzugehen? Sind das eher individuelle Ansätze, von den Menschen einfach, aber auch von ihnen als Organisation? Das ist jetzt sehr allgemein, aber ich weiß halt da wenig drüber.*

E.F. Huidobro: Ich glaube, daß die große Mehrheit der Menschen in diesen Ländern von reinen Wundern lebt. Und dies, obwohl Uruguay ein Land ist, das nicht - noch nicht -zu solchen Dimensionen massiver Armut gelangt ist wie z.B: andere Länder, denen es ganz schlecht geht, wie Peru oder Brasilien oder andere Länder. Aber trotzdem glaube ich, daß das, was man in Uruguay sehen kann, ausreichend dafür ist, daß man sich etwas davon vorstellen kann.

Wir sind daran gewöhnt, von der 1., der 2. und der 3. Welt zu sprechen. Ich glaube, daß das ein Fehler ist, denn das ist längst vorbei. Man könnte auch von der 4., 5. und 6. Welt sprechen, denn sie existiert bereits. Ich halte es für einen Fehler, hier Zahlen zu benutzen. Jetzt, nach dem Zusammenbruch des Sozialismus, da müßte man ja schon die 1. und die 2. Welt zusammenwerfen. Aber, ich glaube, Zahlen benutzen ist schlecht, denn das würde ja heißen, die 1. ist die wichtigste und die 2. ist weniger wichtig usw. Das was ich hier sage ist eine Annahme, daß ist keine theo-

retische Gewißheit. Aber ich würde sagen, man könnte ja genauso gut Buchstaben benutzen z.B.: Welt K und Welt M. Da würde man sagen das sind zwei Welten, die existieren also heute, die sind unterschiedlich, die entwickeln sich weiter und die werden immer unterschiedlicher. Und dann kommt man zu zwei verschiedenen Menschheiten so wie zwei Planeten. Und ich glaube man wird auch dazu kommen, daß es eines Tages einfacher sein wird, eine brüderliche Beziehung zu einem Außerirdischen einzugehen als zu einem Bewohner des Planeten M zum Beispiel. Ich glaube, daß man bereits zwei völlig unterschiedliche Welten geschaffen hat, die sich sehr wenig berühren.

Wir in der Linken haben traditionell immer gesagt, daß die 3. Welt Ausdruck der Krise des Kapitalismus sei. Ich glaube wir haben uns geirrt.

Ich glaube die 3. Welt ist eine Entscheidung und keine Krise des Kapitalismus.

Wenn ihr nach Uruguay reisen würdet, dann könnte ich euch in Uruguay nach Deutschland bringen. Ich könnte euch in Viertel von Uruguay führen oder ganze Städte, wie z.B. Punto del Este wo jeder Mensch seinen Personal Computer hat, wo französischer Wein getrunken wird und Scotch, wo jeder seinen Mercedes Benz hat oder seinen Audi Quattro und ich könnte euch ein Deutschland zeigen, daß sogar noch sehr viel reicher ist als das Deutschland, was ihr hier sehen könnt. Ich könnt euch dahin bringen. Und dann die Christdemokraten und die Sozialdemokraten und die Neonazis - alles wie hier in Deutschland. Und dort würde ich euch auch Arbeiter zeigen können, die zur Arbeiterklasse gehören und die mehr verdienen als ein Senator oder ein Parlamentsabgeordneter. Dort gibt es Yuppies und Manager und Konzernchefs und wenn wir nach Brasilien gehen, dann könnten wir dort mindestens dreimal eine kleine Schweiz sehen. In Indien gibt es sicherlich noch einige Schweiz mehr als in Brasilien. All das könnte ich euch zeigen. Ich könnte euch auch Orte zeigen, die so aussehen wie überall auf der Welt, in den USA oder bei uns, auch in Teilen Japans oder sogar in einigen Orten der 3. Welt.

Das ist all das, was zu dieser Welt A gehört, so wie wir sie vorhin genannt haben, und die der 3. Welt gegenübersteht, wie man sie auch oft genannt hat. Und dies ist die Welt, die die Nato geschaffen hat, die die Konflikte niederer Intensität schafft, intelligente Waffen und schnelle Eingreiftruppen, um sich gegen diese andere Welt zu schützen. Und wahrscheinlich ist jetzt beschlossen worden, daß Jugoslawien doch besser zur Welt K gehören sollte und das die DDR in die Welt A eintreten kann. Es ist wahrscheinlich, daß man das beschlossen hat und man wird das notwendige Geld dafür ausgeben, damit die einen dorthin gehen und die anderen hierherkommen.

Ich glaube, daß alldies vom Modell des neoliberalen Kapitalismus abhängt, und das ist eine wunderschöne Utopie. Sie ist utopisch für die ganze Welt. Aber das ist ein Utopie, die sehr genau weiß, daß sie Utopie für wenige ist. Wenn wir jetzt mit völliger Großzügigkeit dem Kapitalismus rechtgeben würden, und sagen würden: 'Komm mach doch, erfüll deine Versprechen auf weltweiter Ebene', dann wird er der erste sein der weiß, daß er das nicht kann. Denn schon wenn allein die Inder soviel Autos benutzen wie es die Deutschen tun, dann würde das der Planet nur 24 Stunden aushalten. Das ist ein Modell, das wenn man es weltweit durchführen würde, zu einer Katastrophe führen würde. Es ist schon eine Katastrophe. Wir als Linke haben den Fehler begangen, und das war einer der schlimmsten, daß unser Modell des Sozialismus war, wie Holland sein zu wollen. Der Kapitalismus hat uns dazu gebracht, seine eigene Utopie zu schlucken. Heute versucht Cuba, das Fahrrad einzuführen, weil es nicht mehr weiter vom Erdöl abhängig sein kann. Man fragt sich, ob sie das nicht besser schon 2 Jahre nach der Revolution hätten machen sollen und nicht erst 30 Jahre später. Heute trainiert Cuba zehntausende Ochsen, um damit die Traktoren auf den Feldern zu ersetzen. Viele Theoretiker, mit denen wir in Cuba diskutiert haben, sagen: 'Der Sozialismus ist gescheitert, denn er ist die Entwicklung der Produktivkräfte, und wir kehren vom Traktor zum Ochsen zurück oder vom Auto zum Fahrrad. Aber wir wissen auch, daß die Japaner und Europäer nicht mehr wissen, was sie mit ihren Autos machen sollen, wo sie sie hinstellen sollen. Also ist anscheinend auch das Modell gescheitert, daß wir hatten, das Modell einer sozialistischen Gesellschaft, die der kapitalistischen sehr ähnlich war oder sein wollte. Wir träumten von Traktoren und Autos, von einer motorisierten Gesellschaft, und deshalb mußten wir Zukker gegen Erdöl tauschen.' Shafick Handal, ein Commandante der FMLN, sagte, daß in dem Fall, daß die FMLN morgen die Regierung übernehmen würde, sie keine andere Wahl hätten, als die Felder mit Ochsen zu bearbeiten. Und er sagte das mit Bedauern. Aber in Wirklichkeit ist dies nicht nur ein Problem von EL Salvador, sondern es wird ein Problem der ganzen Menschheit. Und man sollte das nicht mit Bedauern sagen. Wir müssen unsere ideologischen Schemen verändern.

So ist es in meinem Land, in diesem kleinen Deutschland so, daß die Leute dort private Polizisten haben, ihre privaten Kindergärten, ihre privaten Schulen, private Gymnasien, private Universitäten. Sie haben sogar private Vierteln. Sie haben elektronische Warnanlagen und eigens ausgerichtete Hunde, und all das, damit sie ihre Grenzen verteidigen können, die sie von der anderen Welt trennt, die doch nur um einige Straßenecken herumliegt. Sogar die Polizei dieses alten lumpenbürgerlichen Staates in meinem Land ist für sie nicht mehr sinnvoll. Sie dient nur noch dazu, die Ordnung in dem Teil jenseits ihrer Grenzen aufrecht zu erhalten, aber nicht innerhalb ihrer Grenzen.

Auch in dieser privilegierten, so unterschiedlichen Welt gibt es Klassenkampf. Man darf das nicht negieren, es gibt Klassenkampf. In der anderen Welt, die wir auch sehr oft mit sehr viel Idealismus gesehen haben, auch dort gibt es Klassenkampf. Ich glaube, daß ein Fehler, den wir begangen haben, ist, daß wir diese Wirklichkeit nicht mit in Betracht gezogen haben. In dieser anderen Welt der Slums, der Straßenkinder, der Obdachlosen und der Armutsstädte, auch da gibt es eine Polizei, auch da gibt es Mafia, auch da gibt es kapitalistische Akkumulation von Mehrwert. Durch die Drogenhändler, durch die Prostitution, das illegale Glücksspiel, den Strudel. Es gibt die Arbeiter, die den Müll zusammenkarren, es gibt die Prostituierten, die ihrem Gewerbe nachgehen und Mehrwert schaffen für die, die sie ausbeuten und so weiter und so weiter. Es gibt auch hier Klassenkampf.

Wir haben diese Welt, die Welt der Marginalisierten, der Informellen genannt, aber ich glaube, da haben wir die Sprache falsch benutzt, denn sie sind doch die Mehrheit der Menschen. Deswegen sind wir eigentlich die Anderen. Die Welt lebt in Slumsstädten, in Favelas, in der Armut und nicht in Städten wie Heidelberg oder Karlsruhe. Und aufgrund ihrer großen Zahl könnten diese Menschen, wenn man demokratisch wäre und wenn sie die Hand hochhalten und abstimmen könnten, dann sagen, daß wir eigentlich die Marginalisierten sind, daß wir die Informellen sind, und das wir heute schon diesen Planeten zerstören. Die Slumbevölkerung von Brasilien ist sehr, sehr viel größer als die gesamte Bevölkerung von Uruguay. Es gibt in diesen Slumstädten sogar Streitkräfte, die bis an die Zähne bewaffnet sind. 1988 gab es in Rio de Janeiro einen Kampf zwischen der Polizei und den Drogenhändlern in einem Stadtviertel, da hat die Mafia mit einer Rakete einen Polizeihubschrauber abgeschossen. Das sind Dinge, die nicht in den Nachrichten kommen, aber die existieren trotzdem.

In dieser anderen Welt - die ja eigentlich die eigentliche ist, so wie ich es gesagt habe und wir sind die andere - in dieser Welt gibt es auch eine eigene Krankheit wie z.B. die Cholera und es gibt auch Kapitalismus. Ich denke, das ist etwas, was wir lange nicht haben hören wollen, aber was trotzdem Wirklichkeit ist. Das ist ein Problem, was wir lange nicht verstanden haben. In meinem Land gibt es ganze Stadtviertel, in die die Polizei einfach nicht mehr reingeht. Das ist als ob man sagen würde, wenn ihr euch umbringen wollt, dann bringt euch doch um, und wenn ihr eure eigenen Krankheiten haben wollt, dann habt sie doch. Und wenn ihr eure eigene Wirtschaft haben wollt, dann habt sie, fertig. Uns interessiert das alles nicht. Nur wenn man zuviel Lärm macht, dann interveniert die Polizei und macht ein bißchen Ordnung und kümmert sich hinterher nicht weiter darum.

Wovon leben diese Leute? Sie leben vom Müll, von der Prostitution, vom Drogenhandel, auch davon, daß sie schmuggeln, daß sie als ambulante Verkäufer irgendetwas verkaufen. Lebensmittel, Handwerk-

sprodukte, irgendwelche Produkte. Sie leben davon, daß viele Menschen sich in einem Haus zusammenzwängen, damit sie irgendwo wohnen können. Sie bauen ihre Häuser aus Blech, sie besetzen Land, wenn sie können, sie kämpfen dann darum. Das ist diese andere Welt, das ist der andere Kapitalismus, aber eigentlich würde ich sagen, daß ist der Kapitalimus, der in großen Teilen der Welt herrscht.

Oft fragt man sich: In welchem Land, in welcher Welt steht eigentlich die Linke? Wenn wir philosophische Kategorien diskutieren, theoretische, wirtschaftliche und so weiter, wenn wir diskutieren über Organisationsformen und Strafregelungen, dann fragt man sich doch, in welche Welt stellt eigentlich die Linke ihre politische Arbeit? In die Welt A oder in die Welt B, in welche von beiden? Und manchmal fragen wir uns, ob nicht die europäisierte Linke Lateinamerikas, denn schließlich und endlich war es ja Europa, woher die Idee des Kampfes, der Befreiung, des Sozialismus kam, ob diese Kategorien nicht völlig unpassend sind für die Welt, in der wir leben. Und ich versichere euch, wenn ich diese Versammlung, diese Stadt, diese Welt in einem Stadtviertel von Montevideo beschreiben wollte, dann wäre es für mich sehr schwierig zu sagen, wo ich da war, wie dieses Land war, wo ich war. Es wäre eigentlich nur möglich, wenn ich den Leuten Beispiele geben würde aus dieser anderen Welt, die es auch gibt in unseren Land. Nur so könnte ich ihnen erklären, was hier war.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Welt bald nach Deutschland kommt, so wie sie schon in die USA gekommen ist. Ihr wißt wahrscheinlich, daß es dort Stadtvierteln gibt, in denen es ganz eigene Gesellschaften inzwischen gibt. Es gibt die Chicanos, es gibt die Puertoricaner, es gibt auch die Schwarzen, es gibt auch Viertel, wo die Polizei nicht mehr hingeht. Ein Viertel mit eigenen Gesetzen, mit nicht schriftlich fixierten Gesetzen. Viertel, mit eigenen Verhaltenskodex und mit ihrem eigenen Kampf. Es gibt dort ganz eigene Delikte, eigene Laster, eigene Krankheiten. ein englischer Journalist hat gesagt, daß es den USA zwar gelungen ist Irak zu erobern, aber das sie es immer noch nicht geschafft haben, die Südbronx zu erobern. Und das die Verluste der Vereinigten Staaten in Irak geringer waren als die Anzahl von Todesfällen aufgrund von Gewaltanwendungen, die in der gleichen Zeit in Detroit und Chicago und in einigen Vierteln von New York vorkamen. Ich glaube ihr wißt das alles und ich denke, daß ist auch Ausdruck dessen, was ich vorher gesagt habe.

Beitrag aus dem Publikum:
Ich möchte euch kurz was sagen. Ich bin die Mutter einer politischen Gefangenen. Ich soll Grüße überbringen von politischen Gefangenen hier in der BRD. Wir haben das Buch von dir 'Wie Efeu an der Mauer gelesen'. Und wir haben gelesen wie schrecklich das war. Haben auch festgestellt, wie ihr den Humor nicht verloren habt. Und auch das gibt uns Kraft und Stärke.

Applaus

E.F. Huidobro: Ich möchte der Mutter der politischen Gefangenen sehr herzlich danken und ich möchte sie bitten, niemals ihre Kraft zu verlieren. Alle Kraft die wir hatten in diesen langen Jahren, in denen wir im Gefängnis waren, in denen es in Uruguay niemanden mehr gab, der für uns hätte kämpfen können, da waren es unsere Familien, die uns unsere Kraft gegeben haben und sie haben für uns gekämpft. Unsere Familien, Mütter, Väter, Brüder, Schwestern, Frauen, sie haben nicht nur für die politischen Gefangenen gekämpft, sie haben für ganz Uruguay gekämpft und sie haben uns allen unsere Kraft gegeben.

Applaus

Frage: *Kannst du noch etwas konkreter sagen, wie eure praktische Arbeit aussieht, z.B. auch in den Favelas und in Montevideo, wo ihr ja mit regiert? Und kannst du etwas über die sozialen Kämpfe in Uruguay erzählen, z.B. über Besetzungen von Häusern, Fabriken, Land?*

E.F. Huidobro: Im Moment arbeiten die Tupamaros an Aufgaben, an denen alle politischen Organisationen arbeiten. Wir setzen uns für die Kinder ein, wir machen Jugendarbeit, wir arbeiten mit den Gewerkschaften, wir arbeiten in den Barrios, in allen Barrios, nicht nur in den marginalisierten. Wir versuchenin unserem Land soviel wie möglich zu erreichen in dieser schwierigen Lage, schwierig für die gesamte Linke Uruguays. Die Schwachstelle der Linken Uruguays ist das Landesinnere. Die uruguayische Linke hat in Montevideo gute Arbeit geleistet, und nun müssen wir das Gleiche im Landesinneren leisten. Das ist eine historische und zugleich strategische Aufgabe für die Linke. Es ist eine sehr schwere Aufgabe. Uruguay ist eine riesige Einöde, die Bevölkerung lebt sehr verstreut. Wir müssen eine Wüste erobern, wir müssen den Organisationsgrad verbessern in dieser Gegend, die immer noch die Reserve und die Basis der Rechten des Landes und sogar des Faschismus ist. Natürlich stellen die andern genau die entgegengesetzten Überlegungen an. Sie planen Montevideo zurückzuerobern, alarmiert durch den zunehmenden Einfluß der Linken in Montevideo.

Aufgrund unserer neuen Allianzpolitik sind wir, die Tupamaros/MLN, in die 'Movimento per la Participacion Popular', MPP, integriert. Sie ist die politische Kraft der Massen, breiter angelegt als die MLN und sie macht nicht nur Wahlarbeit, ganz im Gegenteil. Sie arbeitet in der Jugend-, Frauen-, Kulturbewegung etc. mit und führt vielfältige Aktivitäten durch. Wir haben die MPP mit unseren Companeros von den anderen revolutionären linken Organisationen gegründet und aufgebaut, aber auch mit vielen unabhängigen Persönlichkeiten und Companeros der revolutionären Linken Uruguays. Zusammen mit ihnen kämpfen wir in der Frente Amplio, diese Bewegung ist das Organ der Linken, innerhalb der breiten Front der revolutionären Linken. Denn in der Frente gibt es alle möglichen ideologischen Strömungen der Linken, die man sich vorstellen kann. Wir versuchen jetzt schon zum Großteil,und noch immer mehr, die Basisarbeit der Tupamaros mit der MPP, zusammen mit den Companeros von der MPP machen, um auch mit den Gewerkschaften gemeinsam vorzugehen, in den Barrios, überall. Wir glauben, daß ein Einigungsprozeß abläuft, ein Prozeß der Machtstrukturierung, des Kräftesparens, um nicht isoliert Aktivitäten zu entfalten, weil wir mit den Companeros große Gemeinsamkeiten haben, und darüberhinaus kennen wir die Vergangenheit. Wir vertrauen uns gegenseitig, es herrscht Kameradschaft unter uns. Auch wenn jede Organisation, die sich der MPP anschließt, ihre eigenen ideologischen Züge und Identität beibehält, arbeiten wir doch immer besser zusammen und rücken dichter zusammen.

In Uruguay, dem einzigen Land das wir gut kennen, können wir uns keinen Sozialismus ohne Pluralismus vorstellen. Wir akzeptieren deshalb keine Allianzen mit Weggefährten, die wir dann später wie ausgepresste Zitronenschalen wegwerfen. Wir denken nicht, daß irgendjemand unserer Verbündeten innerhalb oder außerhalb der Frente dumm ist. Vom Sozialismus in Uruguay und gleichzeitig von einer einzigen Partei zu sprechen, bedeutet den Politischen Selbstmord oder man denkt, daß die anderen dumm sind.

Wir die Tupamaros, haben in all diesen Jahren Großes geleistet hinsichtlich der Verbreitung von Ideen. Die Geschichte mußte rekonstruiert werden, sie mußte umgeschrieben werden, es mußte die Wahrheit erzählt werden, über das, was in Uruguay geschehen ist. Die Menschenrechtsverletzungen mußten angeklagt werden; die Greueltaten, die in Uruguay von den Militärs verübt worden sind. Wir mußten die Gegenoffensive führen gegen diese Verzerrungskampagne, die die Militärs jahrzehntelang betrieben.

Um diese riesige, und ich glaube einer der größten Aufgaben der MLN und der uruguayischen Linken voranzutreiben, haben wir zwei 14-tägig erscheinende Zeitungen aufgebaut. Wir haben eine Zeitung, die den Namen 'Mate Amargo'(Bitterer Mate') trägt und sehr populär ist. Sie soll von vielen Leuten gelesen werden, auch von Leuten außerhalb der MLN. Das andere Blatt heißt 'Tupamaros' und ist für diejenigen die mit den Tupamaros sympathisieren. Die beiden Zeitungen erfüllen also unterschiedliche Funktionen. Wir haben einen Radiosender, (insgesamt gibt es in Uruguay 44 Radiosender). Zur Zeit ist es fast der einzige linke Sender, den es noch in Uruguay gibt. Wir haben diesen Sender nicht ausschließlich für unsere Zwecke genutzt. Der Sender ist ein sehr wichtiges Massenmedium. Er ist immer ein offener Sender gewesen, der von der gesamten Linken in Uruguay genutzt werden konnte, und nicht nur von den Tupamaros. Und der Linken ist bewußt, daß sie hier eine Rednertribüne hat, die ihr zur Verfügung steht, auch wenn sie der MLN gehört. Wir haben eine Menge Bücher geschrieben in der letzten Zeit, und sie haben sich in Uruguay sehr gut verkauft, sie sind sogar mit

Preisen ausgezeichnet worden, einige haben die höchsten Auszeichnungen für Literatur gewonnen, insbesondere in dem Genre der Augenzeugenberichte, und fast alle waren Bestseller in Uruguay. Wir haben ein Plattenlabel, das auch der Verbreitung bestimmter Aspekte der Kultur unseres Volkes dient, insbesondere des Folkloregesangs. Und wir haben auch einen Videoclub zur Verbreitung von guten Filmen gegründet, der aber auch Dokumentarfilme und alternatives Filmmaterial hat.

So haben wir ein Netz aufgebaut, daß aus vielen einzelnen 'Unternehmen' besteht, die alle der Verbreitung der Ideen, von Informationen, von politischen Gedankengut dienen. Das ist eine enorme Schlacht, die wir Monat für Monat schlagen, insbesondere, wenn es darum geht, den Radiosender in Gang zu halten, der uns große Opfer abverlangt. Im großen und ganzen tragen sich die anderen Unternehmen selbst, einige werfen sogar Gewinne ab, aber das Radio ist ein reines Verlustgeschäft für uns. Das heißt wir finanzieren es durch die Solidarität, durch die Hilfe der Leute, mit Kulturfestivals. Das Radio ist ein enormer Kostenfaktor für die MLN, aber da es ein Schützengraben von allerhöchster Bedeutung für den Kampf ist, tun wir alles, um die finanziellen Probleme zu lösen und das Radio dort auf Sendung zu halten.

Die Arbeit in den marginalisierten Barrios und in den Armenvierteln ist heute die wichtigste Arbeit, die wir machen. Dort geht es darum, den landbesetzern bei dem Bau von Wohnungen zu helfen und sie auch bei ihren Forderungen zu unterstützen, damit sie nicht vertrieben werden, und damit ihr Anspruch auf die besetzten Grundstücke anerkannt wird. Das ist heute ein Prozeß von immer größerem Ausmaß. Genau diese Leute benötigen unsere Hilfe, weil sie, vor allem durch die jederzeit mögliche Vertreibung von den von ihnen besetzten Grundstücken bedroht sind. Sie bauen unter vielen Opfern ihre armseligen Wohnungen. Und dann wird in diesen marginalisierten Barrios die typische Arbeit gemacht, die immer gemacht wird. Das ist die gemeinsame Küche für das Essen, manchmal eine Speisung für die Kinder, nicht aber für Erwachsene, Polikliniken für die medizinische Versorgung der schlimmsten, dringensten Fälle und alle Arten von Sozialarbeit. Tatsächlich arbeiten in diesen marginalisierten Barrios die politische Linke, aber auch die Kirchen, letztendlich eine Vielzahl von Sektoren und Institutionen.

Aber die Realität sieht so aus, daß das Problem so groß und so ernst ist, daß diese Arbeit die Probleme nicht lösen kann. Sondern sie versucht eigentlich, den Leuten etwas beizubringen, sie zu vereinen, damit sie sich organisieren und die Verteidigung ihrer Interessen in ihre eigenen Hände nehmen und schließlich dafür kämpfen, diese Situation, in der sie sich befinden, von Grund auf zu verändern.

(Aus: Münchner ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit)

Zur aktuellen Lage in Nicaragua

Machtkampf in der UNO

Nach fast 2 Jahren Violetta-Regierung hat sich der Kampf um politische und ökonomische Machtanteile verschärft, bilden sich neue Allianzen, neue Widersprüche.

Ende letzten Jahres spitzten sich die Widersprüche zwischen der rechtsextremen UNO-Fraktion (Cesar, Aleman, Godoy) und der modernen Rechten (Lacayo) so zu, daß hohe Regierungsbeamte sich öffentlich der Korruption, des Amtsmißbrauchs etc. beschuldigten, um die jeweils andere Fraktion zu schwächen und bei den für Januar angekündigten Regierungsumbildungen bessere Positionen zu haben.

Die Regierungsumbildung am 10.1.1992 stärkte eindeutig die Fraktion um Lacayo und bringt noch mehr Unternehmer, v.a. Vertreter der neuen Privatbanken in Regierungsfunktionen.

Ende November zerbrach die rechtsextreme Mehrheit im Parlament. Eine Gruppe von 13 UNO-Abgeordneten formierte sich zu einer Zentrumsfraktion, die zusammen mit den 39 Abgeordneten der FSLN eine Mehrheit bildet.

Die Zentrumsfraktion ist kein ideologischer Block, der sich von der extremen Rechten abgesetzt hat, sondern handelt mehr aus politischer Opportunität im Kampf um Posten. Sie sprechen sich gegen eine weitere Polarisierung und gegen politischen Revanchismus aus.

Zumindest räumt dies der FSLN mehr politischen Spielraum gegenüber der extremen Rechten ein. Es bindet sie aber gleichzeitig mehr in das Projekt der Regierungsfraktion ein, was neue Widersprüche erzeugt.

Die FSLN zwischen den Stühlen

Anfang Dezember wurde mit 7 Stimmen des Zentrums und den Stimmen der FSLN im Parlament dem Veto von Violett Schamrot stattgegeben und das *"Lee Cesar"* abgelehnt, welches die Rückgabe des konfiszierten Besitzes an die alten Besitzer einschließlich der Somozisten im großen Stil legitimiert hätte.

Mit Zentrum- und Frente-Stimmen verabschiedete das Parlament auch den Haushalt für 1992. Hier wird das ganze Dilemma deutlich, in dem die FSLN sich bewegt: Der Vorschlag der Regierung sah leichte Kürzungen im Gesundheits- und Erziehungswesen und drastische Kürzungen beim EPS (Etat policia sandinista) vor sowie einen insgesamt geschrumpften Haushalt gemäß den Forderungen von IWF und Weltbank nach Reduzierung der Staatsausgaben. Die Cesar-Fraktion schlug dann in einem Gegenentwurf noch stärkere Kürzungen bei EPS und Polizei vor. Andernfalls müsse bei den Sozialausgaben noch mehr gekürzt werden. Um beides zu verhindern, gab die FSLN-Parlamentsfraktion ihre Stimme für den leicht modifizierten Haushalt der Regierung. Praktisch gab es keine Debatte über den Haushalt, alles wurde bereits vorher in Kommissionen ausgedealt, in der Öffentlichkeit gab es keine Auseinandersetzungen.

Die FSLN hat derzeit auch kein zusammenhängendes alternatives Wirtschaftskonzept, nach dem die Kosten der Krise anders verteilt würden, welches sie in die Diskussion bringen könnten. Ohne ein solches Konzept verliert jede Forderung an Glaubwürdigkeit, weil es nicht viel zu verteilen gibt.

Daniel Ortega sagte dazu in einem Interview: *"Wir dürfen nicht vergessen, daß die FSLN zwischen Hammer und Amboß stand. Und nicht nur Regierung und FSLN, sondern ganz Nicaragua (...) Die revanchistischen Kräfte versuchten, die heikle Frage des Haushaltsplans als Druckmittel auszunutzen, damit die Regierung in der Eigentumsfrage nachgibt und ihr Veto zurückzieht. (...) Ich würde sagen, daß wir keine Alternativen (zum Haushaltsplan der Regierung) haben. Ohne die detaillierten Informationen, über die die Regierung verfügt, ist es äußerst schwierig, eine Alternative zu entwickeln. (...) Solange wir keine Einzelheiten kennen, können wir keine Gegenvorschläge unterbreiten. (...) Unsere Wirtschaftsmaßnahmen würden denen der Regierung ähneln. Aber wir würden andere Proportionen setzen. (...) Es müßte möglich sein, soziale Bereiche wie Gesundheit und Bildung zu schützen und die Inlandsproduktion zu fördern."*

Mißachtung der Konzertierten Aktion

Am Pazifik ist der Kampf um das Eigentum weiterhin ein bestimmendes Thema. Trotz der Ablehnung des Lee Cesar hat die extreme Rechte neue Gesetzesinitiativen angekündigt.

Aber auch die Regierung ist nicht gewillt, die Abwicklung des staatlichen Eigentums so durchzuführen, wie es in der 2. Konzertierten Aktion festgelegt wurde (keine Rückgabe an Somozisten und eine Mindestbeteiligung von 25% durch die ArbeiterInnen).

Die Regierung versucht, den Prozeß zu verschleppen, die ArbeiterInnen aus den profitablen Betrieben rauszuhalten und/oder die Betriebe vorher zu dekapitalisieren.

Zwei typische Beispiele sind AERONICA und CONAZUCA. AERONICA war von der sandinistischen Regierung zu einem rentablen Betrieb aufgebaut worden. Durch Schaffung massenhafter Konkurrenz (Vergabe von Landelizenzen an die meisten US-amerikanischen Linien) und Praktiken wie die Vergabe verbilligter oder kostenloser Tickets für Regierungsbeamte und ihre Familien wurde der Betrieb in die roten Zahlen gesteuert. Ohne die ArbeiterInnen zu konsultieren ist die Regierung jetzt dabei, 51% an TACA (salvadorianische Fluggesellschaft) zu verkaufen und verweigert den ArbeiterInnen offen das Anrecht auf die 25% Mindestbeteiligung. Am 16.1.

wurde angekündigt, daß alle 500 Belegschaftsmitglieder in einer Woche entlassen werden und TACA 140 wieder einstellen werde. Die ArbeiterInnen haben angekündigt, daß sie den Betrieb eher vernichten als auf ihre 25% zu verzichten. Am 17.1. wurde die am meisten Profit bringende Route Miami-Managua bestreikt, hohe Funktionäre, die die Belegschaft nicht unterstützen, wurden aus ihren Büros geholt.

Nach einem nationalen Streik in den 7 staatlichen Zuckermühlen beschloß die Regierung am 12.11., die Privatisierung dieser Betriebe durchzuführen, wobei ein Viertel an die ArbeiterInnen gehen sollte. Bis zum 30.4.1992 soll das Ganze abgeschlossen sein. Bisher allerdings wurden alle Verhandlungen verschoben. Nach der Planung müßten jetzt schon 3 Betriebe privatisiert sein. Währenddessen fahren die ArbeiterInnen die Ernte ein, deren mageren Gewinn der Staat behält. Parallel dazu gibt es keine staatlichen Produktionskredite mehr, nur noch für die unmittelbare Auszahlung der Löhne, und das schon um 20% gekürzt. Als Folge davon können für die Fahrzeuge keine Ersatzteile mehr gekauft werden, die Ernte muß zum Teil mit überteuerten Fremdtransporten eingefahren werden. Verschleppungstaktik und Dekapitalisierung sollen die ArbeiterInnen zermürben, spalten und davon abschrekken, kollektiv die ökonomische Allmacht der Oligarchie in Frage zu stellen.

Im Kampf um selbstverwaltete Betriebe

Die Bereiche Viehzucht, Baumwolle und Kaffee, die bereits in der ersten Jahreshälfte 1991 privatisiert wurden, haben bisher noch keine legalen Besitztitel. Laut Vereinbarung hätten die ArbeiterInnen diese Titel bereits nach spätestens 90 Tagen erhalten müssen. Nun sagt die Regierung, daß diese Betriebe für ein Jahr an die ArbeiterInnen verpachtet und erst dann die provisorischen in feste Besitztitel umgewandelt werden sollen. Die Regierung hatte gehofft, daß die LandarbeiterInnen vieler Fincas nicht in der Lage sein würden, sich selbst zu organisieren und die Betriebe rentabel weiterzuführen, ohne Kredite, oft monatelang ohne Lohn. Laut Abkommen hätten die Fincas dann wieder zurückgegeben werden müssen. Dies ist in keinem Fall gelungen.

Es findet vielmehr eine gegenläufige Entwicklung statt: In den Departamentos Leon, Chinandega, Jinotega und Matagalpa sind mehr als 35 ehemalige staatliche Baumwoll- und Kaffeefincas (UPE) von den eigenen ArbeiterInnen besetzt. Sie erkennen die Privatisierung dieser Fincas zugunsten der früheren *"Beistzer"* nicht an und fordern von der Regierung die Übergabe an die Beschäftigten. Bei einem Großteil dieser UPE's ist die Rückgabe an die ehemaligen *"Besitzer"* nach dem Konzertierungsabkommen nicht gültig.

Die ArbeiterInnen nehmen eine sehr entschlossene Position ein, denn sie haben während der Verhandlungen im letzten Jahr bei der Privatisierung dieser Sektoren mit dafür gekämpft, daß sich diese UPE's in arbeiterInneneigene Betriebe (APT) verwandeln sollen und waren bei den Vereinbarungen zwischen ATC und Regierung leer ausgegangen. Sie waren, wie die Leute sagen, *"geopfert"* worden, damit andere UPE's zugunsten der ArbeiterInnen privatisiert wurden.

Auf den ehemaligen Baumwollfincas, die schon länger besetzt sind, haben die Leute gar keine Baumwolle mehr angebaut, sondern gleich Sesam und Grundnahrungsmittel. Die Leute erzählen selbstbewußt, wie sie die Produktion in den nächsten Jahren planen wollen: In der Regel keine Baumwolle mehr, stattdessen wollen sie wieder aufforsten. Der ATC hat schon Baumschulen angelegt. Sie haben keinerlei Zweifel, daß sie die Fincas übertragen bekommen, selbst bei Waffengewalt wollen sie nicht weichen.

Zum Beispiel *"La Pistola"*

"La Pistola" (der frühere Beistzer regelte alles so, daher der Name) mit 1.500 ha Land wird von 5 Arbeitskollektiven mit mehr als 1.000 BewohnerInnen bearbeitet. Sie wurden sechsmal von der Polizei geräumt. Beim zweiten Mal wurden ihre Strohhütten abgebrannt.

Mitte Dezember griff Ramiro Gurdian, neugewählter COSEP-Präsident, an der Spitze von ca. 100 Bewaffneten die Finca an. Die LandarbeiterInnen schossen zurück, warfen Silvesterknaller und schlugen die Bande in die Flucht. Danach kam die Polizei und nahm einige Arbeiter wegen illegalem Waffenbesitz fest (nicht etwa den COSEP-Chef). Einen Tag später wurden alle freigelassen. Die Leute von *"La Pistola"* hatten bereits vor der Attacke provisorische Besitztitel vom Agrarreforminstitut (INRA) erhalten.

ArbeiterInneneigene Betriebe unterstützen die besetzten Fincas

Die 16 besetzten ehemaligen UPE's funktionieren wie bisher, sie haben nach der offiziellen Rückgabe die *"alten"* Besitzer erst gar nicht reingelassen, so daß auch die Verwaltung von den gleichen Leuten wie vorher weitergemacht wird.

Bei der Kommerzialisierung ihres Kaffees werden sie vom ATC unterstützt, aus Sicherheitsgründen muß der Kaffee jeden Tag weggeschafft werden. Mit dem Verkauf des Kaffees und kleinen zinsenlosen Krediten vom ATC überleben die Betriebe.

Eine wichtige Unterstützung kommt allerdings auch von nahegelegenen arbeiterInneneigenen Betrieben (APT), die mit Nahrungsmitteln, Maschinen, vor allem mit Transportmitteln aushelfen. Hier wird zum ersten Mal praktisch bewiesen, daß die APT-Betriebe ein wichtiges Hinterland für die ATC und die Kämpfe aller ArbeiterInnen sind, und nicht nur Vorteile für die von der Privatisierung begünstigten ArbeiterInnen bringen. Nur so konnten die BesetzerInnen bisher dem Druck von außen widerstehen.

Das neue rechte *"Radio Matagalpa"* fährt täglich ein Hetzprogramm gegen die LandbesetzerInnen, INE (Energie-Institut) hat den Strom abgeschaltet, weil die Stromrechnung auf den Fincas nicht bezahlt wird. Wenn die ArbeiterInnen bezahlen wollen, verweigert INE die Annahme unter Verweis darauf, daß sie nicht die Besitzer seien. Die ehemaligen Besitzer bespitzeln die Fincas und führen Buch darüber, wieviel Kaffee von wem abtransportiert wird.

Alternative Selbstverwaltung

Seit dem Untergang des *"realen Sozialismus"* in Osteuropa fehlt es der Linken in Lateinamerika wie in der ganzen Welt an einer Alternative zum Neoliberalismus. Nach Ansicht des nicaraguanischen Ökonomen Orlando Núnez ist Nicaragua gegenwärtig das Versuchslabor in einem vielversprechenden Experiment: ArbeiterInnen werden zahlreiche volkswirtschaftlich bedeutsame Betriebe übernehmen. Diese tiefgreifenden Veränderungen könnten den Keim für ein neues politisches Projekt bilden. Die Vorstellungen über das soziale Eigentum sind sehr unterschiedlich und reichen von der demagogischen Betonung der sozialen Funktion des Eigentums im Neoliberalismus bis hin zum Kampf für die Bildung von Kooperativen und selbstverwalteten Betrieben; mit dem Ziel, dem Kapital wieder seinen eigentlichen Zweck zurückzugeben, d.h. es in den Dienst des Menschen zu stellen. Wenn sich diese Tendenz durchsetzt, könnte sie zum Ausgangspunkt für eine völlig neue Bewegung werden. Sie hat inzwischen ganz Lateinamerika, insbesondere aber Nicaragua erfaßt.

Zahlreiche Produktionsbetriebe der Landwirtschaft, des Exportsektors, der Industrie und des Dienstleistungssektors in Nicaragua wurden von ArbeiterInnen übernommen. Sie schlossen sich in der Vereinigung FENACOOP zusammen. Außerdem zählen dazu demobilisierten Armeeangehörigen und Contras übergebene oder käuflich erworbene Güter.

Spagat der ATC

Um die LandbesetzerInnenbewegung organisatorisch und sozial zu festigen, hat der ATC begonnen, die besetzten Fincas legal wie Kooperativen zu organisieren, mit gewählten Leitungsstrukturen etc. Diese Kooperativen, einmal legalisiert, sollen formal nicht dem APT angeschlossen werden. Dies vor allem deshalb, um der Regierung keine Argumente zu liefern, daß der ATC diese Besetzungen initiiert habe, um den APT auszudehnen. Dies ist umso gefährlicher, da die Regierung vielfältige Druckmittel in Händen hat, vor allem die Blockierung der Kreditvergabe an den APT. Vor allem aber kann sie die endgültige Legalisierung des APT weiter verschleppen, was sich zersetzend nach innen auswirken kann, aber auch Exporte, internationale Kredite und Vorfinanzierung der Ernten erschwert, weil keiner gerne mit nichtlegalisierten Betrieben Geschäfte machen will.

Die Regierung verlangt von der ATC die sofortige Rückgabe von 3 der 16 Fincas als Vorbedingung für die Verhandlungen über den Rest. Diese 3 Fincas gehören hohen Regierungsleuten.

Auf Druck der FSLN und von EPS-Leuten aus Matagalpa versucht der ATC die ArbeiterInnen dieser Betriebe zu überreden, die Fincas zurückzugeben, was die LandarbeiterInnen aber ablehnten. Daraufhin hat sich der ATC hinter die ArbeiterInnen gestellt und spricht sich gegen die Rückgabe irgendeiner Finca aus, vielmehr fordert er von der Regierung Verhandlungen über die Legalisierung der Besetzungen. Es besteht gute Aussicht, daß die meisten Fincas an die Belegschaft übergeben werden bzw. aufgeteilt werden, eine Hälfte für den alten Besitzer, die andere für die BesetzerInnen. Dabei bliebe in den meisten Fällen immer noch genug Land für ArbeiterInnen. In einigen Fällen wurden bereits provisorische Titel vergeben.

Für den ATC ist die Situation sehr komplex, weil er von allen Seiten unter Druck steht. Die Regierung will bei kommenden Verhandlungen mit dem ATC versuchen, Ex-Contras und Ex-EPS-Leute auf den besetzten Fincas anzusiedeln und unter diesen Bedingungen einen Teil zu legalisieren. Dies stößt aber in den meisten Fällen auf den Widerstand der BesetzerInnen, weil viele dieser Fincas schon Land an Ex-Militärs und Ex-Contras abgegeben oder bereits arbeitslose LandarbeiterInnen aufgenommen haben und daher niemanden mehr aufnehmen können. Außerdem sagen die ArbeiterInnen, daß EPS und die Contra bei der Privatisierung der staatlichen Betriebe ja bereits ihre UPE's erhalten haben und es jetzt das Problem der Regierung und der anderen Beteiligten sei, wenn diese UPE's nur an die Chefs der Contra und an Offiziere der EPS vergeben wurden, die einfachen Kämpfer aber immer noch auf der Straße sitzen.

In dieser Frage ist ein Konflikt angelegt, der durch den ATC geht. Auf den UPE's, die an demobilisierte Offiziere des EPS vergeben wurden, hat der ATC mittlerweile erreicht, daß die dort beschäftigten ArbeiterInnen zwischen 15 und 30% an den Betrieben beteiligt werden. Mittlerweile laufen auch Verhandlungen, daß diese UPE's auch Recompas aufnehmen, die sich entwaffnen.

Die ArbeiterInnen der besetzten Fincas üben Druck auf den ATC aus, keine Zugeständnisse zu machen bei den kommenden Verhandlungen, weil sie ja bereits bei der Privatisierung den Preis zahlten für die Übergabe in ArbeiterInnenhände. Dazu sind sie kein 2. Mal bereit.

Von Seiten der FSLN kommt Druck, die Gangart zu mäßigen. Einerseits gibt es einen Flügel, der keine Landbesetzungen mehr unterstützt, weil es störend wirkt auf den Aufbau eines nationalen Projekts mit Teilen des Zentrums. Die Leitung der Partei, die weiterhin die Landbesetzungen unterstützt, ruft zur Mäßigung, weil sich speziell in der Region 4 der Konflikt auf dem Land durch Landbesetzungen, militärische Aktivitäten der verschiedensten Gruppen von Recompa und Recontra derart zugespitzt hat, daß die ökonomischen Schäden durch Zerstörung und vor allem Ernteausfall das Land weiter in den Ruin treiben.

(Aus: Anti WWG Info Nr. 2)

Demaskieren wir '92! Aktivitäten in Spanien

In Spanien schlagen die offiziellen Jubelfeiern des "500jährigen Reichs" am höchsten. Als "Begegnung zweier Welten" verklärt, will Spanien seine Stellung in Europa als Brückenkopf nach Lateinamerika ausbauen. Madrid wurde zur "europäischen Kulturhauptstadt" ausgerufen; die EXPO in Sevilla soll den technologischen Sprung ins Jahr 2000 demonstrieren und zahlreiche Kongresse, Feiern und Empfänge sollen dazu beitragen, den Genozid an 65 Millionen Menschen vergessen zu machen. Die Fußballweltmeisterschaft in Barcelona trägt auch dazu bei: Brot und Spiele.

Aber auch in Spanien regt sich der Widerstand dagegen. Zahlreiche Aktivitäten sind geplant. Wir verstehen die Mobilisierung gegen den WWG genauso wie die Aktivitäten in Spanien als Teil der gemeinsamen Anstrengungen in Europa gegen die Fortdauer des "500 jährigen Reiches". STOP EG '92!

Für Kontakte: "Desenmascaremos el 92" AEDENAT C/ Campomanes, 13 2 28013 Madrid Tel.: 91 - 541 10 71

"Desenmasceremos el 92"

Dieses Bündnis ist aus Autonomen, Soligruppen (zu Nica und Kuba), lateinamerikanischen EmigrantInnen, +/- radikalen UmweltschützerInnen, dem CNT (der immer noch anarchistischen Gewerkschaft Spaniens) und anderen Gruppen zusammengesetzt, und zwar landesweit. Überlegt ist auch eine internationale Karavane gegen die 500-Jahr-Feiern und gegen die EG und den EWR (Europäischer Binnenmarkt) für April 92 nach Sevilla.

In Sevilla werden z.Z. die "Jornadas de la Solidaridad Contra el Espectaculo del 92" vorbereitet, dies von einer Teilgruppe des "Desenmasceremos el 92", welche (aus einem Flugblatt:) "...Kampagnen und Aktivitäten unter den Standpunkten von Solidarität mit den Völkern des Trikont, Verurteilung des neokolonialen Entwicklungsmodells und des angekündigten EWR ... organisieren oder koordinieren". Diese Tage finden unabhängig davon, ob eine Karavane kommt oder nicht, statt.

Manifest der Kampagne "Demaskieren wir das 92"

1992 wird der spanische Staat von Feierlichkeiten durchzogen sein (in Sevilla die Weltausstellung, in Barcelona die Olympiade und Madrid soll Kulturhauptstadt sein). Damit werden wir - weltweit betrachtet - in den Schaukasten des neuen Modells, nämlich des fortgeschrittenen Kapitalismus gestellt, welchen uns die Herrschenden sowieso als den einzig möglichen Fortschritt der Menschheit verkaufen wollen. Dieses ganze Spektakel wird auch das versinnbildlichte Konstrukt des Kapitalismus, nämlich den europäischen Wirtschaftsraum einweihen. Um dieses "Gran fiesta del 92" zu DEMASKIEREN, werden wir Aktionen ergreifen, und zwar unter 4 Gesichtspunkten:

1.) Wir unterstützen alle Aktivitäten, welche die zentral- und südamerikanischen Leute in ihrer Kampagne "500 anos de Resistencia indigena y popular" vorschlagen.

2.) Wir klagen die Bevölkerungspolitik an, welche internationale Organismen und die Staaten des Nordens einführen wollen. Sie basieren auf Aufdrängung von Geburtenkontrolle, auf Massensterilisierung der Völker des Südens, auch auf der Förderung des Rassismus im Norden sowie dem Errichten einer Befestigungsmauer um die europäische Hochburg des fortgeschrittenen Kapitalismus, um die Flüchtlingsströme zu stoppen.

3.) Wir nehmen den aktuellen Regierungen nicht ab, daß sie sich für die fortschreitenden Umweltkatastrophen interessieren. Mit den wissenschaftlich-technologischen Erfindungen der Expo '92 und z.B. der Umweltkonferenz in Brasilien werden diese Probleme nur vertuscht. Der Umweltschutz, den die Menschheit braucht, ließe sich nur mittels einschneidender Änderungen des sozialen Modells verwirklichen.

4.) Der EWR von '93 vertieft auch die regionalen und sozialen Brüche im Norden, v.a. werden Rivalitäten innerhalb der sog. "4.Welt" geschürt, d.h. zwischen den Arbeitslosen, den überausgebeuteten Kindern, Frauen und Flüchtlingen. Und die Elendsgürtel um die Metropolen werden rapide größer. Es ist notwendig, daß wir zusammenhalten angesichts der zu erwartenden Wellen von Repression und sozialer Kontrolle. Die Kampagne "Demaskieren wir das 92"wird alle Arten von Aktionen innerhalb Spaniens, die mit diesen vier Aspekten verbunden sind, antreiben. Dazu hier ein Kalender mit den wichtigsten von uns geplanten Aktivitäten.

2. Januar 92 in Granada: * öffentliche Verurteilung (Verdammung) der offiziellen Feier anläßlich der Bezwingung Grenadas. (Granada wurde nämlich ebenfalls 1492 durch die kath. Könige von den Mauren "befreit"). * Tagung über die Toleranz zwischen den Kulturen und Völkern.

18. bis 24. April 92 in Sevilla: Internationales Solidaritätstreffen. * Internationalistisches Zeltlager. Aktionstage, Aussprachen und Ausstellungen. * "Gerichtshof der Völker", in Zusammenarbeit mit der internationalen Stiftung LELIO BASSO über die Eroberung Amerikas und das internationale Recht. Gegenausschiffung auf dem Guadalquivir (= Fluß durch Sevilla) am 19. April und Demos nachher. * Eine **europäische Karavane gegen das 92**, welche ca. am 10. April beginnen könnte und am 18. April in Sevilla ankommen würde. * Boote werden sich in Sanluchar de Barrameda am 18.4. versammeln, um am folgenden Tag in Sevilla anzukommen.

April 92 in Madrid: * Demo gegen die Einweihung der Schnellbahn AVE (Madrid - Sevilla).

Juni 92 in Barcelona: • Aktion zur Verurteilung der Olympischen Spiele.
Juli 92 in Madrid: • Demo gegen die iberoamerikanische Konferenz der Staatschefs und deren Absichten, den spanischen Wirtschaftseinfluß in Lateinamerika zu festigen.
September in Gasteiz (= Vitoria im BaskInnenland: • Rückforderungstage und Festtage zu MIKELIN 92.
September 92 in Madrid: Alternativenergie-Weltkonferenz, gleichzeitig wie die offizielle Konferenz des Weltrates für Energie.
Oktober 92 in Madrid: • Internationaler Kongreß über soziale Bewegungen.
Dezember 92 in Madrid: • Internationales Treffen über den Vereinigten Markt, Territorium, Umwelt und Gesellschaft.

(Aus: Info des linksradikalen Treffens gegen WWG in München Nr.2)

Weltwirtschaftgipfel (WWG) in München von 6. bis 8. Juli

Verschiedenste Gruppen, Institutionen und Gremien haben sich für eine Mobilisierung nach München entschieden. Immer wieder stößt das auf Ablehnung, weil "in München doch eh nichts möglich" sei "außer zwei Wochen Vorbeugehaft und Begegnungen mit dem USK" (bayrisches Polizeikommando). Wir wollen diese besonderen Bedingungen nicht weglügen, uns aber von ihnen auch nicht abhalten lassen. Dadurch, daß wir fernbleiben, werden sie sich bestimmt nicht ändern. Auch wegen dieser Haltung erscheinen schon jetzt Hetzartikel in Münchner Zeitungen und der Springer Presse. Da wird vom größten Polizeiaufgebot, das die BRD jemals gesehen hat, geredet, und über ein Verbot jeglichen Protests debattiert. Ist das nun, um uns einzuschüchtern, oder sind sie schon jetzt so in Angst und Schrecken versetzt? Wir, einzelne linksradikale Gruppen haben uns zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen zusammengeschlossen, um uns an den Gegenaktivitäten zu beteiligen: • eine große Demonstration am Samstag (4.7.) soll schon vor dem offiziellen Beginn auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren, • ein mehrtägiger Gegenkongreß die Diskussion um die Perspektive, uns von den Verhältnissen zu befreien, ermöglichen, • Aktionstage in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Wir hoffen darauf und müssen auch: viel mehr werden! Alle Gruppen und Zusammenhänge, egal an welchem konkreten Punkt sie gerade kämpfen, sind mit dieser Weltordnung konfrontiert und können daraus ihre GegnerInnenschaft begründen. Wir wollen, daß sich die Mobilisierung genau aus den Kämpfen zusammensetzt, die aktuell laufen.

Einladung zum vierten bundesweiten Treffen für eine starke Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München vom 20.3. - 22.3.92 in Kassel

Anreise: Freitag 20.3.92, Volksküche im autonomen Zentrum, Wikingenstr.10, Kassel, (Nähe alter Hauptbahnhof) Treffen: Samstag, 21.3.92, 12.00 Uhr, Gesamthochschule Kassel, Henschelstr.2, Gebäude K10, zweiter Stock. Plenum und Arbeitsgruppen: Sonntag 22.3., 10.00 Uhr - 13.00 Uhr Plenumsfortsetzung.

Seit 1975 treffen sich die Staatschefs der sieben ökonomisch reichsten und politisch mächtigsten imperialistischen Staaten auf dem sogenannten Weltwirtschaftsgipfel (WWG). Seit 1971 das Bretton Woods System zusammengebrochen ist, das bis dahin das wichtigste innerimperialistische Regierungssystem war, ist der WWG zu dem Koordinationsinstrument geworden, auf dem die strategische Linie der internationalen Ausbeutungsordnung beschlossen wird. Hier wird letztlich auch die Politik von IWF und Weltbank bestimmt. Der WWG in München findet in einem Jahr statt, in dem die Herrn der Welt ihr ekelhaftes Eroberungsfest "500 Jahre Entdekkung Amerikas" abfeiern wollen, in dem sie mit der Formierung des EG-Binnenmarktes einen weiteren entscheidenden Schritt zur imperialistischen Blockbildung Westeuropas gehen wollen und in dem Großdeutschland wieder in seiner Großmachtrolle arbeitet. Der Imperialismus befindet sich weltweit durch die Auflösung nichtkapitalistischer Staaten (ehem. RGW) und dem Zurückdrängen begonnener Befreiungsprozesse im Trikont (z.B. Nicaragua) in der Offensive.

Gekennzeichnet ist die Situation auf der anderen Seite durch eine veränderte Ausgangsposition für die Befreiungsprozesse im Trikont und durch eine Schwäche revolutionärer und linksradikaler Kräfte in den Metropolen. Dennoch - und gerade deswegen - ist es in dieser Situation falsch, nur kommentierend an der Seite zu stehen und die Entwicklung abzuwarten. Es kommt darauf an, daß wir, diejenigen in den Metropolen, die in einer fundamentalen Opposition zur bestehenden Weltordnung stehen, und die GenossInnen aus den Basis- und Befreiungsbewegungen in Trikont über die veränderte Situation diskutieren. Wir wollen die Diskussion mit Menschen, die aus ihrer politischen und sozialen Lage oder aus ihrer Analyse heraus Widerstand entwickeln. Als ein entscheidender Punkt für uns hat sich auch die Frage der gemeinsamen Diskussion mit politischen Gefangenen gezeigt. Wir begreifen die Gefangenen als Teil der Bewegung für Befreiung und wollen mit ihnen zusammen auch eine Diskussion um die Mobilisierung gegen den WWG führen. Es geht nicht nur darum, den Gefangenen unsere Flugblätter in den Knast zu schicken, sondern sie als integralen Bestandteil der Diskussion zu sehen. Das bedeutet auch, im Zusammenhang mit der Anti-WWG-Mobilisierung zu überlegen, wie wir den Kampf um die Bedingungen der Kommunikation zwischen den Gefangenen und uns entwickeln können.

Zur Diskussion um die Mobilisierung:

Wir wollen eine Einheit zwischen Gegenkongreß, Demo und Aktionstagen, um alle Aspekte der Analyse und des Widerstandes gegen Unterdrückung und Imperialismus rüberzubringen. Neben der Demonstration und den Aktionstagen ist der Gegenkongreß für uns von entscheidender Bedeutung. Der Gegenkongreß und seine Vorbereitung bieten die Möglichkeit, den internationalen Diskussionsprozeß von uns und den Menschen aus den Basis- und Befreiungsbewegungen zu organisieren. Der Gegenkongreß muß eine antisexistische, antipatriachale, antirassistische und antiimperialistische Ausrichtung haben. Die inhaltliche Stoßrichtung des Kongresses muß sich in den Fragestellungen der Foren/Arbeitsgruppen bei den ReferentInnen und bei den VeranstalterInnen des Kongresses wiederfinden. Genauere Diskussionen gab es bisher nur zur antirassistischen Ausrichtung des Kongresses. Dabei ist klar geworden, daß Rassismus nicht primär aus einem ökonomischen Begründungszusammenhang analysiert werden kann, sondern als eigenständiger Unterdrückungsmechanismus neben Sexismus und kapitalistischer Ausbeutung beschrieben werden muß. Ein weiterer Punkt in der bisherigen inhaltlichen Debatte waren die Begriffe Demokratie und Menschenrechte als HERRschaftsbegriffe oder als Kampfbegriffe von unten. Bei der bisherigen Diskussion handelt es sich erst um Ansätze, die noch einiges an Klärungsbedarf beinhalten. Neben der Fortsetzung der Diskussion um die Inhalte ist es jetzt einfach auch notwendig, konkreten Erfahrungsberichte auszutauschen. Wir wollen eine Mobilisierung, die nicht aufgrund eines zentralen Aufrufs zustandekommt, sondern aus der Analyse der Teilbereichskämpfe in den Städten die Notwendigkeit der Mobilisierung gegen den WWG entwickelt. Außerdem muß die Diskussion um die Struktur der weiteren Mobilisierungsarbeit geführt werden.

Erste Schritte sind bereits getan: • die Herausgabe des Anti-WWG Infos, • die Bildung von bundesweiten Arbeitsgruppen zur Demo/zu den Aktionstagen und zum Gegenkongreß.

(Aus: Anti WWG Info Nr. 2)

Liebe Frauen aller noch "Herren" Länder!

Am 16. November 1991 fand das 1. überregionale linksradikale Treffen in Nürnberg statt. Zu unserer großen Freude waren ca. 60 Frauen aus 12 Städten (Berlin, Münster, Frankfurt, Freiburg, Stuttgart, Nürnberg, Erlangen, Regensburg, München, Rosenheim, Wien, Oberpfalz) anwesend.

Wesentliche Diskussionspunkte waren die grundsätzlichen Vorstellungen von überregionaler Organisierung und die Frage, in welcher Weise die Arbeit der verschiedenen Frauengruppen in der Mobilisierung gegen den WWG Ausdruck finden kann bzw. ob Kampagnenpolitik überhaupt vorstellbar ist. Einig wurden wir uns darin, daß überregionale Treffen nicht zu einer Organisierung um ihrer selbst willen führen sollen. Es wurde deutlich, daß es ein starkes Bedürfnis nach Austausch von Informationen und Diskussionsprozessen und nach überregionaler Vernetzung gibt. Solche Strukturen können und sollen aber kein Ersatz für konkrete politische Arbeit und Auseinandersetzungen in den Städten und Regionen sein. Von vielen Frauen wurde es als wichtig erachtet, zu konkreten Anlässen wie den Ereignissen 1992 eine gemeinsame Praxis zu entwickeln.

Grundlegende Fragen waren: • Wie kommen wir aus dem permanenten Reagieren auf die jeweiligen politischen Ereignisse heraus? • Wie können wir mit den alltäglichen Kämpfen von Frauen als Ausgangsbasis gegenüber der Politik der HERRschenden in die Offensive gelangen? • Wie können unsere feministischen Ansätze in unserem politischen Handeln greifbar gemacht, vermittelt und weiterentwickelt werden? Auffallend war, daß viele Frauen zum Thema Rassismus, Antifa und Flüchtlingspolitik arbeiten. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Diskussion, wie sie von Frauen in der konkreten Situation auf dem ersten Treffen geführt wurde, systemimmanent und damit rassistisch war.

Viele äußerten den Wunsch nach inhaltlicher Auseinandersetzung. Deshalb soll es auf dem zweiten Treffen Arbeitsgruppen zu Themen geben, an denen wir bereits arbeiten, um diese in Bezug zu einer Mobilisierung gegen den WWG zu stellen. Folgende Arbeitsgruppen stehen bereits fest: • Frauen und Knast, • Flüchtlingspolitik, • Bevölkerungspolitik, • Conquista (eventuell), • EG, wirtschaftliche Verflechtungen.

Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Themen sind jederzeit willkommen. Die Arbeitsgruppen werden städteweise vorbereitet, wobei wir unter Vorbereitung eher Vorstrukturierung und Formulierung möglicher Fragestellungen verstehen denn das liefern fertiger Antworten und Ergebnisse. Jede einzelne soll ihre Inhalte und Fragen einbringen. Es wird darum gehen, miteinander zu reden und nicht zu referieren. Wir hätten euch auch gerne die Papiere der vorbereitenden Gruppen geschickt, wie es eigentlich ausgemacht war, doch leider kam kein einziges bei uns an. (...)

Frauen Koordination, c/o Werkhaus, Leonrodstr. 19, 8000 München 19, Tel.: 089/168116

(Aus. INTERIM 182 / 27.2.92)

Die Kirchenbesetzung ist zu Ende

Der Kampf muß weitergehen - Solidarität mit den Flüchtlingen

Die letzte Erklärung der Flüchtlinge aus der Shalomgemeinde/Norderstedt vom 19.2.92

Wir, die sich seit dem 8.2.92 im Hungerstreik befindenden Flüchtlinge in Norderstedt haben am 17.2.92 ein Ultimatum von dem Kirchenvorstand der Shalomgemeinde erhalten. Durch dieses Ultimatum wurde uns ein Kirchenhaus in Schleswig Holstein mit einer Zeitbegrenzung bis Ende des Verwaltungsverfahrens angeboten. Außerdem wurden einige Bedingungen wie: "UnterstützerInnen werden im Haus nicht geduldet" gestellt. Wir wurden bedroht. Sofern wir dem Ultimatum nicht nachkämen, würde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen uns gestellt. Daraufhin haben wir unsere Forderung:

"Bleiberecht in Schleswig Holstein bis Ende unseres Asylverfahrens"

wiederholt, und gleichzeitig unsere Bereitschaft erklärt, zu diesem Haus umzuziehen, wenn die Kirche die Zeitfrist unserer Forderung entsprechend ändert und unser Recht auf selbstbestimmte Kontakte zu unseren UnterstützerInnen akzeptiert.

Der Kirchenvorstand hat unsere Forderungen bezüglich des Ultimatums abgelehnt.

Nach Ablauf der Frist hat die Kirche gegen uns Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt und damit die polizeiliche Räumung eigeleitet.

In den kommenden Stunden hat das Innenministerium erklärt, daß die Flüchtlinge unverzüglich und ausschließlich an den ihnen ursprünglich zugewiesenen Ort, also nach Mecklenburg Vorpommern gebracht werden.

Wiederholt zeigt dies deutlich, wie die Kirche und der Staat gegen Flüchtlinge Hand in Hand arbeiten. Durch dieses Vorgehen wurde uns Flüchtlingen die letzte Möglichkeit gemeinsamen Widerstands, des Hungerstreiks in der Shalom-Kirche genommen.

Wir wollen unser Schicksal und unsere Zukunft nicht durch die Polizei bestimmen lassen. Wir wollen selbst bestimmen. Darum haben wir die Kirche verlassen. Von nun an werden wir als einzelne in Schleswig Holstein bleiben und den Kampf für unsere Forderungen soweit möglich fortsetzen.

Wir werden uns jetzt der Karawane von tausenden von Flüchtlingen anschließen, die nach ihrer Zwangsverteilung in die Ex-DDR, aufgrund der dortigen Bedingungen fliehen und in den alten Bundesländern, beispielsweise in Schleswig Holstein, leben.

Viele von uns Norderstedtern Flüchtlingen haben jetzt Anhörungsverfahren bekommen. Wir werden unseren Asylverfahren folgen und uns für die Anerkennung unseres Asylgesuchs bemühen, so wie wir es immer wieder gesagt haben.

Presseerklärung der Flüchtlinge vom 18.2.92 als Antwort auf die Stellungnahme zur Erstattung einer Strafanzeige der Shalomgemeinde:

Die Stellungnahme der Kirche hat die Absicht, die Leute, die der Entwicklung unseres Widerstandes nicht näher gefolgt sind, in die Irre zu führen. Durch dieses Papier wird nämlich ein Bild gemalt, als ob wir in der Kirche verbleibenden Flüchtlinge Instrument der UnterstützerInnen wären, als ob die Flüchtlinge, die nach Mecklenburg gebracht worden sind, in Sicherheit und Zufriedenheit leben würden.

Die Unterstellungen der Kirche sagen aus, daß wir nicht in der Lage sind, eigenständig Entscheidungen zu treffen, Forderungen hinzustellen und dafür zu kämpfen. Diese wiederholte Aussage finden wir diskriminierend und beleidigend.

Die Flüchtlinge, die am Anfang hier waren, die durch die Zusammenarbeit der Kirche und Regierung, durch psychischen Zwang "überzeugt" wurden, leben in diesen Unterkünften nicht in Sicherheit und wohl wie behauptet, sondern viele von ihnen haben bereits Deutschland verlassen müssen, weil sie unter den Umständen im Osten nicht leben wollen. Viele von ihnen sind zwar dort registriert, aber leben nicht dort sondern in der Illegalität.

Einzelne, die dort leben, sind der totalen Isolation ausgesetzt und sind auf keinen Fall zufrieden und in Sicherheit.

Wir möchten nochmal betonen, daß der Hungerstreik in den wir aus eigener Entscheidung vor 11 Tagen getreten sind, unsere letzte Möglichkeit ist, die Regierung aufzufordern zu handeln. Keine/r kann den/die andere/n zum Hungern zwingen, wenn der/die nicht davon selbst überzeugt ist. Deshalb empfinden wir diese Aussage der Kirche diskriminierend und demütigend.

Der Kirchenvorstand behauptet, daß die UnterstützerInnen uns für ihre eigenen politischen Ziele ausnutzen würden.

Wir fragen: Wer nutzt wen aus?

Wir sehen und erleben hier seit Monaten, daß die Regierung ihre Asylpolitik mit Hilfe der Kirche buchstäblich in die Tat umsetzt.

Zuletzt zeigt dies das Ultimatum der Kirche, das uns zwar eine Unterkunft anbietet, aber mit der Zeitbefristung, unsere Forderung "Bleiberecht in Schleswig Holstein bis Ende unserer Asylverfahren" ablehnt.

Wir appellieren an die Kirche, die auf dem Papier andauernd von ihren menschlichen, christlichen Bemühungen erzählt, das Ultimatum und die Strafanzeige gegen uns zurückzunehmen.

Flüchtlinge in Norderstedt, 18.2.1992

(Aus: Angehörigen-Info Nr. 85/31.1.1992)
Hamburg, 10.1.92:

EG-Büro-BesetzerInnen zu zwei Jahren Knast verurteilt

Am 11.5.1989 besetzten über 50 Leute aus der Schweiz, Dänemark, den Niederlanden und der BRD das Generaldirektorat 3 der EG-Kommission in Brüssel. Diese Einrichtung der EG ist zuständig für die Planung, Forschung und Koordinierung der industriellen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.

Die Aktion sollte am 100. Tag des damals laufenden Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand in der BRD und aus Action Directe in Frankreich zugunsten der Gefangenen eingreifen. Die Aktion wurde nach mehreren Stunden dadurch beendet, daß Spezialeinheiten der belgischen Polizei das Gebäude stürmten und alle BesetzerInnen festnahmen. Nach Verschleppung und Mißhandlung durch die Bullen wurden die meisten am nächsten Tag wieder freigelassen und ausgewiesen. Sieben Leute kamen in Brüssel in den Knast, ihre Freilassung wurde erst eine Woche später erreicht.

Gegen diese sieben GenossInnen hatte dann im März '91 in Brüssel ein Prozeß stattgefunden, in dem sie zu 10 Monaten Knast ohne Bewährung und der Zahlung von möglicherweise sehr hohen Schadenersatzforderungen an die EG und 17 Firmen verurteilt worden waren. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, weil ihr die Haftstrafe zu niedrig war. Die Verhandlung darüber fand, genau wie der erste Prozeß, am 4.10.91 in Abwesenheit der Angeklagten statt. Dort erhöhte das Gericht die Knaststrafe für alle 7 auf zwei Jahre ohne Bewährung, um, wie es sagt, die 'Schwere der Tat adäquat zu bestrafen' und die 'Vollstreckbarkeit' zu gewährleisten. Die Höhe der Schadenersatzforderungen wird in einem späteren Zivilverfahren festgelegt.

Die praktischen Konsequenzen dieser belgischen Urteile für die Betroffenen sind teilweise immer noch unklar. Sicher ist, daß die sechs von ihnen, die aus der BRD sind, solange sie sich dort aufhalten, nicht an Belgien ausgeliefert werden können. Für den Genossen aus Holland ist es fraglich, ob er dort im Rahmen der Beneluxvereinbarungen einen ähnlich guten Stand hat. Sicher ist auch, daß Belgien mit diesem Urteil jederzeit einen Interpol-Haftbefehl bekommt (oder bereits hat?!) und auch, daß die Schadenersatzforderungen sowohl in der BRD als auch in Holland zwangsweise eingetrieben werden können.

Deutliches Ziel dieser hohen Verurteilung über zwei Jahre nach der Aktion ist es, potentielle 'NachahmerInnen' abzuschrecken, die Angeklagten in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken und sie finanziell unter Druck zu setzen. Das zielt konkret gegen staatenübergreifende Widerstandsstrukturen und soll Maßstäbe setzen bei der Kriminalisierung von politischen Aktionen in der 'europäischen Hauptstadt'.

Um der 'Vollstreckbarkeit' dieses Urteils politisch und juristisch etwas entgegenzusetzen, brauchen die Verurteilten Eure Solidarität!

Gegen das Vereinigte Europa des Kapitals! Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen! Solitaridät mit den BesetzerInnen der DG 3 in Brüssel!

(Aus: Angehörigen-Info Nr.85/31.1.1992)

Freilassung von Bernd Rößner!

Mit diesem Aufruf werden seit einiger Zeit Unterschriften für die Freilassung von Bernd Rößner gesammelt. Er soll dann mit Unterschriften veröffentlicht werden.

Bernd Rößner ist seit 16 Jahren politischer Gefangener in der BRD. Er ist einer von 5 haftunfähigen Gefangenen aus der RAF, der am längsten der permanenten, systematischen Isolationshaft unterliegt.

Er wurde im April 1975 bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm - nach dem Tod von Holger Meins bei einem fünfmonatigen Hungerstreik gegen die Isolationshaftbedingungen 1974/75 - festgenommen (Forderung war die Freilassung von 26 politischen Gefangenen in der BRD).

Zunächst in Einzelhaft, hatte er 76/77 während des Prozesses und danach stundenweise zu zweit Umschluß und Hofgang mit Hanna Krabbe. Nach der Kontaktsperre 1977, die die völlige Abschottung der Gefangenen innerhalb der Gefängnisse und nach draußen bedeutete, gab es noch eine kurze Zeit der Kleingruppenisolation mit anderen Gefangenen. Ab März 1978 unterlag Bernd Rößner der Einzelisolation in Straubing, Bayern. Ende 1982, nach seiner Verlegung nach Frankenthal immer noch in Einzelhaft, trat er in einen Schmutzstreik mit der Forderung: "Verlegung in eine der bestehenden Kleingruppen." Nach fünf Wochen "Beruhigungszelle" (das heißt die Zelle ist völlig leer, ohne Einrichtungsgegenstände, eine Matratze auf dem Boden, Bunkerhaft), der Rückverlegung nach Straubing und weiteren 4 1/2 Monaten Bunker, brach er den Streik ab.

Sein Gesundheitszustand war so angegriffen, daß er kaum noch Nahrung zu sich nehmen konnte. Die Anstaltsleitung konnte sich danach mit dem Versuch, ihn zu psychiatrisieren, gegen seinen Widerstand und die Mobilisierung der Öffentlichkeit nicht durchsetzen.

Die Bedingungen der Isolationshaft waren und sind über die Jahre zusätzlich gekennzeichnet durch permanente Kontaktunterbrechung und -verbote (bei Besuchen und Briefen), Arreste, Bunkerstrafen.

All die Jahre wurde ihm ein/e Arzt/Ärztin seines Vertrauens verweigert. Neun Hungerstreiks für Zusammenlegung, an denen Bernd sich beteiligte, haben nichts an seiner Situation geändert. Die Folgen sind gravierend. Für Bernd Rößner hat die Erschöpfung seiner Widerstandskräfte schon längst einen Punkt erreicht, an dem eine Überlebensperspektive für ihn nur möglich ist, wenn er raus kommt.

Es ist schwer zu formulieren, welche gesundheitlichen Folgen diese Haftbedingungen für Bernd haben. Er hat einen ungeheuer starken Willen, sich nicht zerbrechen zu lassen, während sein Organismus das kaum noch aushält.

Bernd sagt, ihm fehle die frühere gedankliche Klarheit, er fühle eine Leere im Kopf oder aber: es wäre, als ob man ihm das Gehirn zusammenpresse. Er könne nichts mehr tun; manchmal brauche er einen ganzen Tag, um auf der Schreibmaschine einen Punkt zu setzen. Er würde gerne für sich arbeiten, aber er schafft einen ganzen Tag nichts.

Auftretende Krankheiten, wie massive Konzentrationsstörungen, Wahrnehmungsstörungen, Hautkrankheiten und andere physische Symptome sind nicht im üblichen medizinischen Kontext zu behandeln, weil ihre Ursachen in seinen Lebensbedingungen im Gefängnis liegen.

Die Reaktion von Justiz und den politisch Verantwortlichen sind eindeutig und damit auch das Ziel dieser Tortur klar; nur wenn er abschwört, sich distanziert, wird er begnadigt oder auf Bewährung entlassen. Dem beugt er sich nicht. Eine Überprüfung der weiteren Haftdauer, wie sie für lebenslänglich Verurteilte nach 15 Jahren obligatorisch durchgeführt wird, endete am 18.5.1990 durch das OLG Düsseldorf mit einer Ablehnung. Die Forderung nach Abschwören, distanzieren von sich selbst, der eigenen Geschichte, den erlebten Erfahrungen und Entscheidungen ist immer und überall und für jeden Menschen unwürdig. Es wäre das, was Bernd dazu sagt: "Mein eigenes Leben wegschmeissen."

Bernd Rößner muß sofort freigelassen werden, ohne den dafür geforderten Preis des "Abschwörens und der öffentlichen Reue" bezahlen zu müssen.

Name	Beruf	Adresse	Unterschrift

An: Initiative im Gesundheitswesen, c/o fem. Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, D-W-6000 Frankfurt/Main 90.